

Lagebericht 2017

A. Grundlagen der Sparkasse

Die Sparkasse Märkisches Sauerland Hemer - Menden ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Iserlohn unter der Nummer A 2001 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband, der von den Städten Hemer und Menden gebildet wird. Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Hemer und ist ebenfalls Mitglied des SVWL. Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers, des Märkischen Kreises und die angrenzenden Kreise und kreisfreien Städte. Die Sparkasse ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe, der aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen besteht.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt. Es besteht aus einer freiwilligen Institutssicherung und einer gesetzlichen Einlagensicherung.

Die Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze der geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Ein besonderes Augenmerk liegt hierbei auf der Sicherung und dem Ausbau der Qualitätsführerschaft. Die übergeordneten, finanzwirtschaftlichen Ziele werden nachfolgend im Lagebericht dargestellt. Durch die zielorientierte Bearbeitung der strategischen Geschäftsfelder soll die Aufgabenerfüllung der Sparkasse über die Ausschöpfung von Ertragssteigerungs- und Kostensenkungspotenzialen sichergestellt werden. Darüber hinaus hat der Vorstand die Risikostrategien überprüft und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Die Strategien wurden mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses in geeigneter Weise kommuniziert.

B. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2017

Wirtschaftsentwicklung

Die Weltwirtschaft hat das Ende des Jahres 2016 begonnene Wachstum auch im Jahr 2017 fortgesetzt. Für das Jahr 2017 erwartet der Sachverständigenrat ein reales Wachstum der Weltwirtschaftsleistung von 3,2 %. Das beschleunigte Wachstum in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften vollzieht sich vor dem Hintergrund der immer noch sehr expansiven Geldpolitik der großen Zentralbanken. Gleichzeitig haben die Unterschiede hinsichtlich der konjunkturellen Lage zwischen den einzelnen Ländern abgenommen. In China gelang es der Regierung, einen scharfen Wachstumseinbruch zu verhindern.

Die gestiegene Zuversicht und die vielerorts bereits gut ausgelasteten Produktionskapazitäten haben wiederum zur dynamischen Entwicklung der Investitionen und der damit einhergehenden Belebung des Welthandels beigetragen. Außerdem stärkte die expansive Geld- und Fiskalpolitik die globale Nachfrage. Angesichts der deutlich verbesserten konjunkturellen Lage ist es bemerkenswert, dass sich die Zentralbanken immer noch im Krisenmodus befinden.

Der Aufschwung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften hat auch die Konjunktur in den Schwellenländern insgesamt angeregt. Neben China expandierten auch die sonstigen asiatischen Schwellenländer stärker. Verbessert stellt sich zudem die Lage in Lateinamerika dar. Die russische Volkswirtschaft scheint sich vor dem Hintergrund etwas höherer Rohölpreise weiter zu erholen.

Besonders positiv hat sich der Euro-Raum entwickelt. In mehreren Mitgliedsstaaten der Währungsunion lag die Wachstumsdynamik zuletzt über den Erwartungen. Zudem konnten sich proeuropäische Parteien bei den Wahlen in zentralen Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion durchsetzen. Einzige Ausnahme bildet Großbritannien, wo es nach dem Brexit-Votum zu einem Rückgang der Wachstumsraten kam. Der Aufschwung im Euro-Raum geht inzwischen ins fünfte Jahr und verlief zu-

letzt dynamischer als erwartet. Den größten Wachstumsbeitrag lieferten die Konsumausgaben. Insgesamt ist der Aufschwung breit aufgestellt; die Wirtschaft expandiert in nahezu allen Mitgliedsländern der Währungsunion. Auch die Beschäftigung ist im Euro-Raum kräftig gestiegen und die Arbeitslosigkeit gesunken. Für das Gesamtjahr 2017 wird eine Arbeitslosenquote von 8,7 % erwartet. Dabei zeigen alle 19 Mitgliedsstaaten einen rückläufigen Trend. Die hohen Werte vieler Stimmungsindikatoren deuten zudem auf einen gefestigten Optimismus hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung im Euro-Raum hin. Die Verbraucherpreisinflation hat sich zuletzt im Einklang mit der konjunkturellen Erholung beschleunigt und wird nach Schätzung des Sachverständigenrates in 2017 bei 1,5 % liegen. Als einen wesentlichen Grund für den trotz der guten Konjunktur nur moderaten Anstieg der Verbraucherpreise nennt der Sachverständigenrat das verhaltene Lohnwachstum im Euro-Raum. Das günstige weltwirtschaftliche Umfeld, vor allem die zunehmende globale Investitionsnachfrage und die positive Entwicklung des Welthandels in den vergangenen Monaten, lieferten zusätzliche Wachstumsimpulse für den Euro-Raum. Die expansive Geldpolitik der EZB sorgt weiterhin für außergewöhnlich günstige Finanzierungsbedingungen im Euro-Raum. Angesichts der verbesserten konjunkturellen Lage wirkt die fortdauernde Nullzinspolitik der EZB jedoch zunehmend expansiv. Die Raten des Wirtschaftswachstums und der Verbraucherpreisinflation legen bereits seit längerem eine straffere Zinspolitik nahe. Nicht zuletzt befördert die lockere Geldpolitik den Anstieg der Risiken im Finanzsystem. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist in den vergangenen Jahren weitgehend eingestellt worden. Zwölf der 19 Mitgliedsstaaten überschreiten die 60 %-Grenze des Maastricht-Vertrages. Das reale Inlandsprodukt im Euro-Raum ist um 2,3% gestiegen.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen und langanhaltenden Aufschwung. Der Sachverständigenrat prognostiziert für 2017 ein Wirtschaftswachstum von 2,0 %. Hauptstütze des Aufschwungs ist weiterhin der private Konsum. Positive Impulse erhielt der private Verbrauch von den nominal verfügbaren Einkommen, die aufgrund der sehr guten Beschäftigungslage und steigender Löhne robust expandierten. Insgesamt hat die dynamische Nachfrage aus dem In- und Ausland für eine hohe Kapazitätsauslastung gesorgt. Im Verarbeitenden Gewerbe sind die Produktionskapazitäten derzeit sogar überausgelastet. Der Arbeitsmarkt hat sich im Zuge der guten Konjunktur weiterhin sehr dynamisch entwickelt. Die Beschäftigung ist kräftig gestiegen und die Arbeitslosigkeit ist gesunken. Die Arbeitslosenquote dürfte in diesem Jahr 5,8 % erreichen. Im zweiten Quartal 2017 gab es einen neuen Rekordstand von 1,1 Millionen offenen Stellen – ein Indiz dafür, dass es für Unternehmen schwieriger wird, freie Stellen zu besetzen. Die Verbraucherpreisinflation dürfte in diesem Jahr auf 1,7 % (Vorjahr: 0,5 %) ansteigen.

Die Wirtschaft in Westfalen-Lippe setzt ihren seit fünf Jahren anhaltenden Aufschwung mit wachsender Dynamik fort. Dies signalisiert der Anstieg des Sparkassen-Konjunkturindicators um knapp 4 Punkte auf einen neuen Höchststand von 134,2 Punkte. Ausschlaggebend sind kräftig steigende Exporte infolge der hohen Expansion des Welthandels. Darüber hinaus sorgen steigende verfügbare Einkommen und ein sich fortsetzender Beschäftigungsaufbau auch weiterhin für eine lebhaftere private Konsumnachfrage. Insgesamt hat die gute Konjunktur mittlerweile alle Nachfragekomponenten erfasst. Damit ist Westfalen-Lippe in der Phase der „Hochkonjunktur“ angekommen. Der Anteil der Betriebe, die ihre aktuelle Lage als „gut“ bezeichnen, ist gegenüber der Herbstumfrage um 4 %-Punkte auf 54 % angestiegen.

Die heimische Industrie im Gebiet der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer verbuchte bis Ende November einen Umsatzanstieg von 6,6 % und hat sich damit besser entwickelt als in Nordrhein-Westfalen (5,7 %) und im Bund (5,8 %). Insbesondere die Automobilzulieferer, Metallverarbeitende Betriebe, Maschinenbau und Elektroindustrie erwiesen sich einmal mehr als Wachstumsbeschleuniger. Der IHK-Konjunkturklimaindex der Leitbranche Industrie stieg im Jahresverlauf von 115 Punkten auf 131 Punkte. Über alle Branchen hinweg berichten 90 % der Unternehmen von guten oder befriedigenden Geschäften.

Zinsentwicklung

Der Hauptrefinanzierungssatz der Europäischen Zentralbank (EZB) in Höhe von 0,0 % und der Zinssatz der Spitzenrefinanzierungsfazilität in Höhe von 0,25 % haben sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert. Auch der negative Zinssatz der Eigenfazilität, der bewirkt, dass die Geschäftsbanken für die Beträge, die über die Mindestreservepflicht hinausgehen, Zinsen bezahlen müssen, wurde mit -0,40 % auf einem konstanten Niveau gehalten.

Das Anleihekaufprogramm der EZB, welches dazu beitragen soll, dass von den Kreditinstituten mehr Kredite ausgereicht werden, wurde in der Oktober-Sitzung auf ein monatliches Volumen in Höhe von 30 Mrd. EUR halbiert. Es mehren sich jedoch kritische Stimmen, wonach die EZB den Ausstieg aus dem Anleihekaufprogramm versäumt hat. Die europäische Wirtschaft wächst, doch die EZB stellt dem Finanzsystem mehr Geld als in den Krisenzeiten zur Verfügung. Zudem drohen an den Finanzmärkten wegen der Nullzinspolitik gefährliche Preisblasen. Viele Anleger investieren ihr Geld in Aktien und andere riskante Anlagen, weil Zinspapiere kaum noch Renditen erzielen.

Die Zinssätze für börsennotierte Bundeswertpapiere in den Laufzeiten bis 10 Jahre haben sich im Jahresverlauf insgesamt erhöht. Im Vergleich zum Vorjahr ist es in den mittleren Laufzeitbereichen zu einer moderaten Ausweitung der Zinssätze gekommen. Ab einer Laufzeit von 7 Jahren (Vorjahr 9 Jahre) sind die Zinssätze positiv. Das Zinsniveau ist in 2017 im Mittel über alle Laufzeiten um ca. 25 Basispunkte (BP) gestiegen. Insgesamt ist es zu einer leichten Versteilung der Zinsstrukturkurve gekommen.

2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2017

Fünfte MaRisk-Novelle

Die BaFin und die Deutsche Bundesbank haben die Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Banken, kurz MaRisk, an neue europäische und internationale Vorgaben angepasst. Darüber hinaus sind Erfahrungen in die Novelle eingeflossen, die BaFin und Deutsche Bundesbank bei der täglichen Aufsicht und bei Prüfungen gemacht haben. Wesentliche Neuerungen betreffen die Bereiche Datenaggregation und Risikoberichterstattung, Risikokultur und Auslagerung.

Die Beachtung der Anforderungen der MaRisk durch die Institute soll dazu beitragen, Missständen im Kredit- und Finanzdienstleistungswesen entgegenzuwirken, welche die Sicherheit der den Instituten anvertrauten Vermögenswerte gefährden, die ordnungsgemäße Durchführung der Bankgeschäfte oder Finanzdienstleistungen beeinträchtigen oder erhebliche Nachteile für die Gesamtwirtschaft herbeiführen können. Bei der Erbringung von Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebenleistungen müssen die Institute die Anforderungen darüber hinaus mit der Maßgabe einhalten, die Interessen der Wertpapierdienstleistungskunden zu schützen.

Bankaufsichtliche Anforderungen an die IT (BAIT)

Die Informationstechnik ist die Basisinfrastruktur für sämtliche fachlichen, aber auch alle nichtfachlichen Prozesse bei Banken. In einer globalisierten Finanzwelt, in der immer mehr Menschen digital bezahlen beziehungsweise Geld transferieren und in der viele Anleger ihre Geldanlage online bestreiten, haben IT-Governance und Informationssicherheit für die Aufsicht inzwischen den gleichen Stellenwert wie die Ausstattung der Institute mit Kapital und Liquidität.

Um den Geschäftsleitungen der Institute die Erwartungen der Bankenaufsicht hinsichtlich der sicheren Ausgestaltung der IT-Systeme, der zugehörigen Prozesse sowie die diesbezüglichen Anforderungen an die IT-Governance transparent zu machen, hat die BaFin nun Bankaufsichtliche Anforderungen an die IT (BAIT) veröffentlicht. Sie traten im Jahr 2017 in Kraft und sind nunmehr zentraler Baustein für die IT-Aufsicht über den Bankensektor in Deutschland.

Die BAIT interpretieren die gesetzlichen Anforderungen des § 25a Absatz 1 Satz 3 Nr. 4 und 5 Kreditwesengesetz (KWG). Die Aufsicht erläutert darin, was sie unter einer angemessenen technisch-organisatorischen Ausstattung der IT-Systeme, unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen an die Informationssicherheit sowie eines angemessenen Notfallkonzepts, versteht. Da die Institute zunehmend IT-Dienstleistungen von Dritten beziehen, auch im Rahmen von Auslagerungen, wird auch der § 25b KWG in diese Interpretation einbezogen.

SREP-Bescheid

Die EBA-Leitlinien für den aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process = SREP) sind am 1. Januar 2016 in Kraft getreten.

Im Rahmen des SREP wird ein zusätzlicher Kapitalzuschlag zu den bisher geltenden Anforderungen der Säule I festgelegt. Der Zuschlag setzt sich aus Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch sowie weiteren wesentlichen Risiken zusammen. Diese Risiken wurden bislang im Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) quantifiziert und mit Risikodeckungsmasse abgedeckt. Der ICAAP bleibt als Ausgangspunkt bestehen, die Aufsicht wird aber fortan auf dieser Grundlage die Kapitalfestsetzungen festlegen. Die Risikoabdeckung muss gemäß dem nach Säule I anerkannten aufsichtlichen Eigenkapital erfolgen. Die zusätzlich identifizierten wesentlichen Risiken werden zu den 8 % der Säule-I-Risiken addiert. Daher kann es zu einer Kapitalanforderung von mehr als 8 % kommen.

Neben diesen harten Kapitalanforderungen gibt es auch noch weiche Kapitalanforderungen, die eine Stresssicht unterstellen. Der SREP bezieht sich hierbei auf die Ergebnisse der Niedrigzinsumfrage und legt eine Art „individualisierten Kapitalerhaltungspuffer“ fest. Dieser kann mit dem Kapitalerhaltungspuffer nach § 10c KWG verrechnet werden, wobei der klassische Kapitalerhaltungspuffer als Untergrenze fungiert.

Die Sparkasse Märkisches Sauerland gehörte im Jahr 2016 zu den 319 Instituten, die seitens der Aufsicht geprüft wurden. Der SREP-Bescheid ist individuell auf jede Bank abgestimmt.

Financial Reporting (FINREP)

Am 29. März 2015 veröffentlichte die Europäische Union (EU) in ihrem Amtsblatt die Verordnung 2015/534 der Europäischen Zentralbank (EZB) über die Meldung aufsichtlicher Finanzinformationen. Im Rahmen der schrittweisen Einführung eines europaweit harmonisierten Meldewesens für Finanzinformationen (FINREP) ist zukünftig eine Übermittlung umfangreicher und detaillierter Angaben zur Bilanzstruktur sowie der Gewinn- und Verlustrechnung der Kreditinstitute an die EZB notwendig.

Zentrale Herausforderung stellt hierbei die einheitliche Meldung abhängig vom angewandten Rechnungslegungsstandard (z. B. HGB, IFRS) dar. Die Meldeanforderungen umfassen größenabhängige und größenunabhängige Meldeinhalte, für welche ab Meldestichtag quartalsweise eine Meldung an die EZB erfolgen muss.

Die Bestimmung des Meldungsumfangs sowie des Zeitpunktes der Erstmeldung erfolgt anhand der Ebene der aufsichtlichen Zuständigkeit sowie Zugehörigkeit zu einer aufsichtlichen Gruppe und der Bilanzsumme des Instituts. Bestimmte Meldeanforderungen müssen alle Institute unabhängig von ihrer Größe oder Zugehörigkeit zum jeweils größenabhängigen Meldestichtag erfüllen. Für die Sparkasse Märkisches Sauerland Hemer – Menden war die Erstmeldung zum 30. Juni 2017 mit der geringsten Stufe der Meldeanforderungen relevant.

Analytical Credit Dataset (AnaCredit)

Im Beschluss EZB/2014/6 informierte die EZB darüber, dass sie statistische Daten auf granularer Basis zu Krediten benötigt. Die benötigten Daten sind von den Kreditinstituten an die nationalen Zentralbanken zu liefern, welche die granularen Daten an die EZB weitergeben. Ziel ist es, ein europäisches Kreditregister mit granularen Kreditdaten aufzubauen und verschiedenen Nutzern wie z. B. EZB-Statistik, Functional Size Measurement (FSM), Single Supervisory Mechanism (SSM) für Auswertungen und Analysen zur Verfügung zu stellen.

Die benötigten Informationen umfassen dabei Stammdaten zum Kreditnehmer, Informationen zum Kredit selbst sowie die hinterlegten Sicherheiten. Die erste Testmeldung zu Stammdaten war für die Sparkasse Märkisches Sauerland zum Stichtag 31.12.2017 abzugeben, bezüglich der Kreditdaten ist mit einer Erstmeldung in 2018 zu rechnen. In der ersten Phase ist die Meldung für juristische Personen erfolgt. In einer späteren Phase ist dann eine Ausweitung der Meldung auf Privatpersonen geplant.

Entgelttransparenzgesetz

Das Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen ist zum 6. Juli 2017 in Kraft getreten. Es soll vor allem Frauen dabei unterstützen, ihren Anspruch auf gleiches Entgelt bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit künftig besser durchzusetzen. Dafür sieht es folgende Bausteine vor: Einen individuellen Auskunftsanspruch für Beschäftigte in Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten bei demselben Arbeitgeber, die Aufforderung von Arbeitgebern zur Durchführung betrieblicher Prüfverfahren sowie eine Berichtspflicht zu Gleichstellung und Entgeltgleichheit.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

3.1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Stichtagsbilanzsumme verringerte sich im Jahr 2017 um 25,5 Mio. EUR bzw. 2,1 % auf 1.186,3 Mio. EUR, während die Durchschnittsbilanzsumme um 18 Mio. EUR bzw. 1,5 % auf 1.209,2 Mio. EUR ausgeweitet werden konnte. Damit wurde die geplante Durchschnittsbilanzsumme von 1.213 Mio. EUR leicht unterschritten. Das aus Kundenaktiva, Kundenpassiva, Eventualverbindlichkeiten, unwiderruflichen Kreditzusagen und den Kundenbeständen im Wertpapiergeschäft bestehende Geschäftsvolumen erhöhte sich um 13,9 Mio. EUR oder 0,7 % auf 1.976,9 Mio. EUR. Das erweiterte Kundengeschäftsvolumen (einschließlich externer Vermögensverwaltungen und Einmalanlagen im Versicherungsgeschäft bei der Westfälischen Provinzial) konnte um 28,2 Mio. EUR bzw. 1,4 % auf 2.038,1 Mio. EUR ausgeweitet werden.

3.2. Kreditgeschäft

Insgesamt verlief die Entwicklung der Forderungen an Kunden gemessen an bilanziellen Werten mit einem Rückgang von 28,2 Mio. EUR bzw. 3,2 % auf 856,5 Mio. EUR unterhalb der Planung, die eine moderate Ausweitung des Volumens vorsah. Ursächlich für den Rückgang war insbesondere die Reduzierung der Kommunalkredite in Höhe von 31,7 Mio. EUR bzw. 32,4 % auf 66,0 Mio. EUR. Im Kreditgeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen sowie mit Privatpersonen kommt es in 2017 zu einer geringfügigen Ausweitung. Der Bestand an Wohnungsbaudarlehen erhöhte sich um 5,5 Mio. EUR bzw. 1,3 % auf 434,4 Mio. EUR.

Die Darlehenszusagen beliefen sich im Jahr 2017 auf insgesamt 161 Mio. EUR (Vorjahr 155 Mio. EUR) und konnten somit um 3,9 % ausgeweitet werden. Die gewerblichen Darlehenszusagen stiegen um 4,5 % auf 81,4 Mio. EUR. Die Darlehenszusagen an private Haushalte weisen insgesamt einen leichten Anstieg von 1,4 % auf 58,9 Mio. EUR aus, wozu das Konsumentenkreditgeschäft mit einer Ausweitung von 2,8 Mio. EUR bzw. 27,2 % einen maßgeblichen Anteil hatte. Die Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus verringerten sich im Gesamtjahr um 9,9 % auf 66,8 Mio. EUR.

Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme verminderte sich auf 72,2 % (Vorjahr 73,0 %).

3.3. Wertpapiereigenanlagen

Zum Bilanzstichtag erhöhte sich der Bestand an Wertpapieranlagen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 27,9 Mio. EUR bzw. 18,0 % auf 182,9 Mio. EUR. Hierbei war die Ausweitung der Investitionen in andere nicht festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 32,1 Mio. EUR bzw. 38,6 % auf 115,3 Mio. EUR sowie ein Rückgang der Bestände von Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren um 4,3 Mio. EUR bzw. 6,0 % auf 67,5 Mio. EUR maßgeblich. Bei den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wurde die Fälligkeit einer Kreditbaskettransaktion über 3,2 Mio. EUR durch entsprechendes Neugeschäft in Höhe von 5,3 Mio. EUR zur Reduzierung des Kreditrisikos überkompensiert. Die Ausweitung der Investition in andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurde wie bereits im Vorjahr zur Vermeidung von Zinsaufwand (Negativzinsen) bei den kurzfristigen Kapitalanlagen im fortwährenden Niedrigzinsumfeld vorgenommen. In den Beständen ist die Dotierung eines Spezialfonds in Höhe von 23,6 Mio. EUR durch Sacheinbringung, d.h. Übertragung von Fondsanlagen in den Spezialfonds, enthalten.

3.4. Beteiligungen/Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der Sparkasse per 31. Dezember 2017 reduzierte sich von 21,0 Mio. EUR um 0,1 Mio. EUR bzw. 0,5 % aufgrund einer Abschreibung auf die Beteiligung an einem Tochterunternehmen auf 20,9 Mio. EUR. Die größte Beteiligung entfiel mit 19,9 Mio. EUR bzw. 95,2 % auf die Beteiligung am SVWL.

3.5. Geldanlagen von Kunden

Zum 31. Dezember 2017 erhöhten sich die Kundeneinlagen um 24,7 Mio. EUR bzw. 2,9 % auf 890,4 Mio. EUR. Während der Bestand an Sparkassenbriefen um 2 Mio. EUR bzw. 8,7 % auf 21,0 Mio. EUR zurückging, erhöhte sich der Bestand an Sichteinlagen um 27,0 Mio. EUR bzw. 7,3 % auf 394,7 Mio. EUR erneut deutlich. Maßgeblicher Treiber für diese Entwicklung der Sichteinlagen war das Geschäft mit Privatkunden. Die Veränderung der Kundeneinlagen bewegte sich damit deutlich über den Erwartungen zu Beginn des Jahres 2017. Bezüglich der Bestandsverschiebungen setzte sich - aufgrund des anhaltenden Niedrigzinsniveaus - der Trend zur Umschichtung der Kundengelder von den längerfristigen Spareinlagen/-briefen hin zu den kurzfristigen Sichteinlagen fort.

3.6. Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute reduzierten sich insbesondere durch die Anlage freier liquider Mittel in Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere um 36,4 Mio. EUR oder 32,4 % auf 76,1 Mio. EUR. Der Bestand setzt sich hauptsächlich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven zusammen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich um 48 Mio. EUR bzw. um 24,5 % auf 148,3 Mio. EUR aufgrund nicht prolongierter Termingeldaufnahmen bei Kreditinstituten und den Fälligkeiten von institutionellen Refinanzierungen. Der Bestand zum 31.12.2017 setzt sich im Wesentlichen aus langfristigen Weiterleitungsdarlehen und Sparkassenbriefen zusammen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten als Refinanzierungsinstrument konnten insbesondere durch das Wachstum der Kundenpassiva reduziert werden.

3.7. Dienstleistungsgeschäft

Die Kundenwertpapierbestände (bilanzneutrale Ersparnis) konnten im Vergleich zum Vorjahr um 14,6 Mio. EUR bzw. 7,2 % auf 217,9 Mio. EUR ausgeweitet werden. Der Anstieg verteilt sich über alle Vertriebseinheiten, wobei das Dekavolumen im Privatkundenmarkt die größte Veränderung aufweist. Der Gesamtumsatz im Wertpapiergeschäft konnte im Vergleich zum Vorjahr um 70,2 Mio. EUR bzw. 72,8 % auf 166,6 Mio. EUR deutlich gesteigert werden. Ursächlich hierfür waren Aktiengeschäfte in größerem Umfang im Bereich Private Banking.

Im Jahr 2017 wurden insgesamt 613 Bausparverträge mit einem Vertragsvolumen von 18,4 Mio. EUR abgeschlossen. Dieses Vertriebsergebnis liegt mit 15,6 % deutlich unter dem Niveau des Jahres 2016.

Der Absatz von Lebensversicherungsverträgen hat sich im Jahr 2017 mehr als halbiert. Darüber hinaus reduzierte sich auch der Absatz an Sachversicherungen deutlich. Der Rückgang der bewerteten Beitragssumme im Lebensversicherungsgeschäft um 10,1 Mio. EUR auf 9,4 Mio. EUR resultiert insbesondere aus einem deutlichen Rückgang bei den Einmalanlagen. Das betreute Volumen im Sachversicherungsgeschäft konnte im Jahr 2017 um 0,1 Mio. EUR auf 3,0 Mio. EUR erneut ausgeweitet werden.

Die Anzahl der Immobilienvermittlungen reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr von 109 auf 88. Gleichzeitig reduzierte sich auch der Verkaufswert der vermittelten Immobilien um 3,2 Mio. EUR auf 11,4 Mio. EUR.

Das Dienstleistungsgeschäft entwickelte sich insgesamt im Rahmen der Erwartungen, wobei ein deutlich höheres Ergebnis aus dem Kunden-Wertpapiergeschäft den Ertragsrückgang aus dem Versicherungsgeschäft überkompensierte.

3.8. Investitionen

Im Jahr 2017 wurden 0,2 Mio. EUR in die Modernisierung der Gebäudetechnik beider Hauptstellen sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung der Sparkasse investiert.

3.9. Personalbericht

Im Jahr 2017 beschäftigte die Sparkasse im Jahresdurchschnitt einschließlich der Aushilfen 214 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 230), davon 79 Teilzeitkräfte und 11 Auszubildende.

Die Sparkasse wird auch in den kommenden Jahren auf gut qualifizierte Nachwuchskräfte zurückgreifen können. Mit einer Ausbildungsquote von 5,1 % nimmt die Sparkasse ihre Verantwortung als Ausbilderin in der Region wahr.

Auch im Jahr 2017 war es Ziel der Sparkasse, das bestehende hohe Qualifikationsniveau in allen Unternehmensbereichen zu sichern und weiter auszubauen. So wurden 197,5 TEUR (Vorjahr 219,2 TEUR) in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen investiert. Schwerpunkte bildeten neben hausinternen Nachwuchs- und Förderprogrammen zahlreiche Schulungen und Trainings zur weiteren Stärkung der Beratungs- und Betreuungskompetenz sowie einer ziel- und leistungsorientierten Führungsarbeit. Insgesamt beendeten in 2017 neun Mitarbeiter/innen verschiedene qualifizierte Fortbildungsmaßnahmen (z. B. Sparkassenfachwirt/in, geprüfte/r Versicherungsfachmann/-frau, Bachelor of Science).

Das Ziel, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, wurde auch im Jahr 2017 verfolgt. Darüber hinaus wurden die verschiedenen Angebote zur Gesundheitsförderung im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements angenommen.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

4.1. Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesenen Eigenkapitalbestandteile konnten erneut deutlich gestärkt werden. Insgesamt wird inklusive des Bilanzgewinns 2017 vor Gewinnverwendung und unter Hinzurechnung des Fonds für allgemeine Bankrisiken ein Eigenkapital von 100,7 Mio. EUR (Vorjahr: 96,5 Mio. EUR) ausgewiesen. Daneben existieren weitere Eigenkapitalbestandteile.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle und Marktrisiken sowie CVA-Risiken) übertrifft am 31. Dezember 2017 mit 14,89 % (Vorjahr: 14,87 %) den vorgeschriebenen Mindestwert von 8 % gemäß CRR zuzüglich des Kapitalerhaltungspuffers in Höhe von 1,25 %-Punkten sowie des SREP-Zuschlags (Supervisory Review and Evaluation Process) von 0,5 %-Punkten und den als interne Leitplanke festgelegten Zielwert von 11,0 % deutlich. Die Kernkapitalquote beträgt 12,71 % (Vorjahr: 12,43 %).

Die nahezu konstante Gesamtkapitalquote resultiert aus dem Anstieg des Kernkapitals bei gleichzeitiger Ausweitung der Risikopositionen (insbesondere durch Eigenanlagen). Insgesamt wird eine ausreichende Kapitalbasis ausgewiesen.

4.2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde stets eingehalten. Diese lag im Berichtsjahr wie erwartet durchgängig über dem vorgegebenen Mindestwert von 1,00 (31. Dezember 2017: 1,35). Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) weist zum 31.12.2017 einen Wert von 392 % aus. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank gehalten. Die Kredit- und Dispositionslinien bei der Deutschen Bundesbank wurden aufgrund der auskömmlichen Liquiditätslage nicht in Anspruch genommen. Ein Spitzenausgleich erfolgte durch die Anlage von täglich fälligen Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und bei anderen Kreditinstituten. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde in 2017 nicht genutzt.

4.3. Ertragslage

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung 0,94 % (Vorjahr 0,93 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2017; es lag damit deutlich über dem Planwert von 0,74 %. Im Vergleich mit den Sparkassen im SVWL wird ein unterdurchschnittlicher Wert erzielt. Dies gilt auch für die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung ein-

gesetzten Zielgrößen Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen).

Für das Jahr 2017 lag die wirtschaftliche Eigenkapitalrentabilität vor Steuern mit 7,19 % unter dem Vorjahreswert von 13,95 %, jedoch über dem Erwartungswert von 5,8 %. Das Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen (Cost-Income-Ratio) verbesserte sich 2017 von 65,8 % auf 64,6 %. Der Planwert in Höhe von 70,8 % konnte somit deutlich unterschritten werden. Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2017 0,04 % (Vorjahr 0,15 %).

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind um periodenfremde und außergewöhnliche Posten gemäß dem Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation bereinigt.

	2017	2016	Veränderung	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
DBS	1.209,2	1.191,2	18,0	1,5
Zinsüberschuss	22,7	23,4	-0,7	-3,0
Provisionsüberschuss	9,5	9,0	0,5	5,6
Nettoergebnis des Handelsbestands	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	0,1	0,1	0,0	0,0
Summe der Erträge	32,3	32,5	-0,2	-0,6
Personalaufwand	13,7	14,0	-0,3	-2,1
Sachaufwand	7,1	7,3	-0,2	-2,7
Verwaltungsaufwand	20,8	21,3	-0,5	-2,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	11,4	11,1	0,3	2,7
Ertrag bzw. Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge sowie neutrales Ergebnis	-8,3	-5,3	3,0	56,6
Ergebnis vor Steuern	3,1	5,8	-2,7	-46,6
Steueraufwand	2,6	4,0	-1,4	-35,0
Jahresüberschuss	0,4	1,8	-1,4	-77,8

Im Geschäftsjahr hat sich der Zinsüberschuss um 0,7 Mio. EUR bzw. 3,0 % auf 22,7 Mio. EUR reduziert. Ursächlich hierfür war ein deutlicher Rückgang des Zinsertrages aufgrund des anhaltenden Niedrigzinsumfelds, der nur in Teilen durch geringere Zinsaufwendungen kompensiert werden konnte. Der Zinsaufwand verringerte sich durch die anhaltende Tendenz der Kunden zu kurzfristigen, nahezu unverzinslichen Einlagen. Die Negativzinsen für Eigenanlagen und Mindestreserveüberschüsse beliefen sich auf 0,3 Mio. EUR. Der Zinsüberschuss hat sich besser entwickelt als erwartet und lag deutlich über der Planung. Ursächlich hierfür war die Ausweitung des Depot A-Volumens, das zu einer Erhöhung der Zinserträge führte.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Provisionsüberschuss um 0,5 Mio. EUR bzw. 5,6 % auf 9,5 Mio. EUR gesteigert werden. Dieses Ergebnis lag insbesondere aufgrund höherer Erträge aus dem Wertpapiergeschäft leicht über der Planung.

Des Weiteren ist der Personalaufwand entgegen der Planung gesunken. Die Personalaufwendungen verringerten sich trotz der Tarifsteigerungen insbesondere infolge von Mitarbeiteraustritten und Arbeitszeitreduzierungen auf Beschäftigtenwunsch um 2,1 % auf 13,7 Mio. EUR. Der Rückgang des Sachaufwands in Höhe von 0,2 Mio. EUR bzw. 2,7 % auf 7,1 Mio. EUR lag damit leicht über der Planung, die von einem geringeren Rückgang ausgegangen war. Ursächlich hierfür war ein stringentes Sachkostenmanagement.

Während im Rahmen der Planung von einer Ausweitung des Verwaltungsaufwands in Höhe von 1,7 % ausgegangen wurde, reduzierte er sich um 2,3 % bzw. 0,5 Mio. EUR.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen nach Verrechnung mit Erträgen (Bewertung und Risikovorsorge) zuzüglich der Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken einschließlich des neutralen Ergebnisses betragen 8,3 Mio. EUR (Vorjahr: 5,3 Mio. EUR) und liegen damit 3,0 Mio. EUR bzw. 56,6 % über dem Vorjahreswert. Der Anstieg ist insbesondere in einem gestiegenen neutralen Aufwand sowie

in Bewertungsaufwendungen aus dem Wertpapiergeschäft begründet. Im neutralen Aufwand wird u.a. die Rückzahlungsverpflichtung aus dem Sanierungsvertrag mit dem SVWL in Höhe von 2,3 Mio. EUR erfasst. Die erste Zahlung erfolgt auf Basis des testierten Jahresabschlusses zum 31.12.2017 in Abhängigkeit vom Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit. Der neutrale Ertrag wurde im Vorjahr durch die Verlängerung des Glättungszeitraumes bei der Ermittlung des Abzinsungssatzes für Pensionsrückstellungen stark begünstigt. Das Bewertungsergebnis Wertpapiergeschäft liegt auf Planniveau während sich das Bewertungsergebnis Kreditgeschäft günstiger entwickelt hat als erwartet. Der Steueraufwand für das Jahr 2017 hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 Mio. EUR bzw. 35,0 % auf 2,6 Mio. EUR reduziert. Im Ergebnis konnte ein Jahresüberschuss in Höhe von 0,4 Mio. EUR erzielt werden (Vorjahr: 1,8 Mio. EUR).

Vor dem Hintergrund des intensiven Wettbewerbs und der ertrags- und risikoorientierten Wachstumspolitik des Instituts ist die Sparkasse mit dem Geschäftsverlauf im Jahr 2017 sehr zufrieden.

C. Nachtragsbericht

Die Nachtragsberichterstattung erfolgt gemäß § 285 Nr. 33 HGB im Anhang.

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Ziele und Strategien des Risikomanagements

Risiken werden eingegangen, wenn Chancen und Risiken in einem angemessenen Verhältnis stehen. Dies geschieht nach geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Zur Risikosteuerung besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Der Vorstand hat in der Risikogesamtstrategie und den untergeordneten Teilrisikostراتيجien die Rahmengrundsätze des Risikomanagements und die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse im Rahmen eines festgelegten Strategieprozesses überprüft und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. Die Risikogesamtstrategie wurde aktualisiert. Für die bedeutendsten Risikokategorien der Sparkasse, den Adressenausfallrisiken, den Marktpreisrisiken und den Liquiditätsrisiken wurden die separaten Teilrisikostراتيجien ebenfalls überarbeitet.

Darüber hinaus werden Operationelle Risiken und das Vertriebs- und Absatzrisiko in Form des Zinsgeschäftsrisikos zu den wesentlichen Risiken gezählt. Alle Geschäftsbereiche verfolgen die Zielsetzung, bei den eingegangenen Risiken die Wahrscheinlichkeit der Realisation eines Vermögensverlustes zu minimieren. Dies wird durch frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen und rechtzeitige Gegenmaßnahmen sichergestellt. Das Risikomanagementsystem wird laufend weiterentwickelt.

Aus der Risikodeckungsmasse wird ein Risikobudget zur Abdeckung der potenziellen Risiken bereitgestellt. Die eingegangenen Einzelrisiken werden im Rahmen der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung dem Risikobudget gegenübergestellt und eine Auslastungsquote ermittelt. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe des Risikobudgets limitiert und wird ebenso wie die Risikodeckungsmasse laufend berechnet. Begrenzt werden die eingegangenen Risiken durch den Umfang des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials und des hieraus abgeleiteten gesamten Risikolimits. Eine Reaktionsgrenze, die das eingesetzte Risikobudget ins Verhältnis zum einsetzbaren Risikodeckungspotenzial setzt, gibt darüber hinaus Aufschluss, ob eingetretene Risiken das Risikodeckungspotenzial seit der letzten Berechnung reduziert haben. Aus dem Risikobudget heraus werden Einzellimite für einzelne Risikoarten bzw. -gruppen in der Risikotragfähigkeit abgeleitet. Daneben existieren für einzelne Risiken ergänzende Risiko- und Volumenlimite.

Ergänzt wird das Risikotragfähigkeitskonzept um einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess. Damit ist die frühzeitige Identifikation eines zusätzlichen Kapitalbedarfs (im Sinne des Risikodeckungspotenzials) möglich, der sich über den Risikobetrachtungshorizont hinaus zur Deckung künftiger Risiken und steigender Eigenkapitalanforderungen gemäß Basel III ergibt. Die frühzeitige Einleitung eventuell erforderlicher Maßnahmen ist damit möglich. Beim Kapitalplanungsprozess handelt es sich nicht um eine erweiterte Risikotragfähigkeitsbetrachtung im engeren Sinne.

Der Verwaltungsrat und der Risikoausschuss nimmt die Entwicklung der Risikolage regelmäßig zur Kenntnis.

2. Risikomanagementsystem

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken hat der Vorstand ein Risikomanagement- und -überwachungssystem eingerichtet. Das vorrangige Ziel des Risikomanagementprozesses besteht darin, mögliche Risiken transparent und damit steuerbar zu machen. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen sowie die notwendigen Kontrollprozesse. Der Begriff „Risiko“ wird als Verlust- oder Schadensgefahr für die Sparkasse verstanden, die entsteht, wenn eine künftige Entwicklung die Vermögens- und Ertragslage negativ beeinflussen kann und ungünstiger verläuft als geplant oder sogar Existenz bedrohend wird. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance wird nicht als Risiko angesehen (enger Risikobegriff). Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG und dient dem Vorstand, Verwaltungsrat sowie dem Risikoausschuss zur Überwachung der Risiken aus der geschäftlichen Tätigkeit der Sparkasse.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist die in den MaRisk geforderte Funktionstrennung bis in die Ebene des Vorstands zwischen Handel/Markt einerseits und Abwicklung, Kontrolle und Risikocontrolling/Marktfolge andererseits festgelegt. Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt von allen damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten und es sind die für die Abwicklung notwendigen Prozesse in Arbeitsanweisungen festzulegen. Die Interne Revision prüft in regelmäßigen Abständen das Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen.

Die Leitung der Risikocontrollingfunktion gemäß MaRisk (AT 4.4.1) ist dem Leiter der Unternehmenssteuerung übertragen worden. Die Risikocontrollingfunktion wird in allen risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Risikogesamtstrategie sowie bei der Ausgestaltung eines Systems zur Begrenzung der Risiken einbezogen. Ihr sind alle notwendigen Befugnisse und ein uneingeschränkter Zugang zu allen Informationen eingeräumt, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind.

Die Vorsitzenden des Verwaltungsrates und des Risikoausschusses können unmittelbar beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Leiter des Risikocontrollings muss den erweiterten Vorstand und die MaRisk-Funktionsträger hierüber schriftlich unterrichten.

Die MaRisk-Compliance-Funktion ist dem stellvertretenden Vorstandsmitglied übertragen. Darüber hinaus sind die WpHG-Compliance / die Single-Officer-Funktion und die Aufgaben, die im Zusammenhang mit der Verhinderung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie sonstiger strafbarer Handlungen stehen, ausgelagert. Die Einbindung in das Risikomanagementsystem erfolgt über eine Verbindungsperson. Die Funktionsträger sind gegenüber dem Vorstand und dem Verwaltungsrat berichtspflichtig.

3. Risikomanagementprozess

Aus dem Gesamtsystem wurde ein Managementprozess zur Erkennung und Bewertung von Risiken (strategische, jährliche Risikoinventur) sowie zur Messung, Steuerung und Kontrolle von Risiken (operative, dauerhafte Tätigkeiten) abgeleitet. Es erfolgt eine systematische Ermittlung der Risikobeträge je Risikokategorie sowie deren Einstufung als wesentliche bzw. unwesentliche Risiken anhand des Schadenspotenzials. Die Risikomessung erfolgt, mit Ausnahme der monatlich gemessenen Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft und den Risiken aus dem Eigenhandel, für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken vierteljährlich mit einem 12-monatigen Betrachtungshorizont. In diesem, an die handelsrechtliche Sicht angelehnten Verfahren, erfolgt die Ermittlung der Risiken auf den Planungshorizont von jeweils zwölf Monaten. Als Risiko wird in dieser Sichtweise eine negative Abweichung von den rollierenden Planwerten verstanden.

Daneben werden die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Relationen als strenge Nebenbedingung regelmäßig ermittelt und überwacht. Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose, bestehend aus dem aufgelaufenen und dem geplanten Ergebnis für den Betrachtungshorizont, sowie der vorhandenen Reserven wird ein Risikobudget festgelegt. Auf das Risikobudget werden alle wesentlichen Risiken der Sparkasse angerechnet. Mit Hilfe der an die handelsrechtliche Betrachtung angelehnten rollierenden Risikotragfähigkeit wird gewährleistet, dass die Auslastung des Risikobudgets jederzeit sowohl aus dem handelsrechtlichen Ergebnis als auch aus dem Vermögen getragen werden kann.

Über die eingegangenen Risiken wird dem Gesamtvorstand der Sparkasse in der monatlichen Sitzung Gesamtbanksteuerung berichtet. Zudem werden der Gesamtvorstand sowie der Verwaltungsrat und der Risikoausschuss über den vierteljährlichen Risikogesamtbericht regelmäßig informiert. Gegenstand sind alle wesentlichen Risikoarten der Sparkasse. Der Risikogesamtbericht enthält neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risiko- und Ertragssituation sowie der Limitauslastungen über ein Ampelsystem auch Handlungsempfehlungen zur Steuerung und Verringerung der Risiken, über die die Geschäftsleitung entscheidet. Dadurch kann zeitnah die Einhaltung der durch die Risikostrategie vorgegebenen Regelungen überprüft werden. Die Berichterstattung enthält auch die Auswirkungen der Stresseinflüsse auf die Risikosituation der Sparkasse.

Darüber hinaus erfolgt monatlich im Rahmen der Sitzung Gesamtbanksteuerung die Information des erweiterten Vorstands über die Entwicklung der Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft und der Risiken im Eigenhandel.

Eine Ad-hoc-Berichterstattung ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen. Für den Verwaltungsrat unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen sind vom Vorstand unverzüglich weiterzuleiten. Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind umfassend in Arbeitsanweisungen beschrieben. Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig überprüft. Verbesserungsmöglichkeiten fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Die Interne Revision gewährleistet die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse der Sparkasse sowie von ihr ausgelagerter Bereiche. Sie achtet dabei insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und berichtet unmittelbar dem Vorstand.

4. Aufgabenzuordnung im Rahmen des Risikomanagementsystems

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion unterstützt die Geschäftsleitung in allen risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Risikogesamtstrategie sowie bei der Ausgestaltung eines Systems zur Begrenzung der Risiken. Ihr obliegen ferner die Durchführung der Risikoinventur und die Erstellung des Gesamtrisikoprofils. Darüber hinaus unterstützt der Leiter der Risikocontrollingfunktion die Geschäftsleitung bei der Einrichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Zu den weiteren Aufgaben zählen die

- Einrichtung und Weiterentwicklung eines Systems von Risikokennzahlen und eines Risikofrüherkennungsverfahrens,
- laufende Überwachung der Risikosituation des Instituts und der Risikotragfähigkeit sowie der Einhaltung der eingerichteten Risikolimits,
- regelmäßige Erstellung der Risikogesamtberichte für die Geschäftsleitung,
- Verantwortung für die Prozesse zur unverzüglichen Weitergabe von unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen an die Geschäftsleitung, die jeweiligen Verantwortlichkeiten und gegebenenfalls die Interne Revision.

Das Risikomanagementsystem ist in Arbeitsanweisungen dokumentiert.

5. Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten

5.1. Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft

Unter dem Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft wird die Gefahr verstanden, dass ein Kreditnehmer die ihm gewährten Kredite nicht bzw. nur eingeschränkt oder nicht vollständig vertragsgemäß zurückzahlen kann oder will. Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Teilrisikostrategie festgelegt, die jährlich überprüft wird. Im Rahmen dieser Strategie werden Ziele zur Verbesserung der Risikoposition festgelegt, die schwerpunktmäßig Bonitätsbegrenzungen und Strukturvorgaben für das Kreditneugeschäft betreffen. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer. Im risikorelevanten Kreditgeschäft gemäß MaRisk ist ein zweites Kreditvotum durch den vom Markt unabhängigen Marktfolgebereich notwendig.

Das Kreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich in zwei große Gruppen: Das Firmenkundenkreditgeschäft und das Privatkundenkreditgeschäft. Zum 31. Dezember 2017 betragen die ausgelegten Kreditmittel an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen gemessen an der Bilanzsumme 39,3 % und an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen 29,7 %. Der Anteil

der Unternehmen und wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen liegt über dem Verbandsdurchschnittswert.

Das Kreditgeschäft der Sparkasse wird in der folgenden Tabelle dargestellt:

Kreditgeschäft der Sparkasse	Buchwerte*	Buchwerte*
	31.12.2017 Mio. EUR	31.12.2016 Mio. EUR
Kontokorrentkredite	37,6	42,1
Darunter:		
auf Geschäftsgirokonten	25,2	29,1
auf Privatgirokonten	6,2	6,7
auf Sonstige	6,2	6,3
Darlehen aus eigenen Mitteln	695,6	725,3
Darunter:		
an Geschäftskunden	336,2	330,3
an Privatkunden	328,7	345,2
an Sonstige	30,7	49,8
Weiterleitungsdarlehen (einschließlich 100 % haftungsfreigestellte)	94,8	95,5
Schuldscheinforderungen und Namensschuldverschreibungen	33,0	30,4
Syndizierte Kredite	8,5	8,8
Gesamt	869,5	902,1

Tabelle: Kreditgeschäft der Sparkasse

*nach Abzug von EWB und Vorsorgereserven, Zuordnung auf Basis Kundensystematik der Bundesbank

Auch die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Die Schwerpunktbereiche bilden im Firmenkundengeschäft mit 28,5 % die Ausleihungen im Grundstücks- und Wohnungswesen. Auf sonstige Dienstleistungen entfallen 20,4 % und 18,3 % auf das verarbeitende Gewerbe.

Der Gesamtbetrag der Forderungen und Hauptbranchen bzw. Schuldnergruppen nach kreditrisikotragenden Instrumenten ergibt sich aus der nachfolgend abgebildeten Tabelle. Die bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit den Buchwerten nach Abzug der Risikovorsorge und vor Kreditrisikominderungstechniken ausgewiesen. Die Zuordnung zu den jeweiligen Kategorien wird gemäß der CRR gegliedert nach Forderungsarten vorgenommen. Die Ermittlung der Zahlen entspricht ebenfalls den Vorgaben der CRR.

Gesamtbetrag der Forderungen und Hauptbranchen bzw. Schuldnergruppen nach kreditrisikotragenden Instrumenten	Kredite, Zusagen und andere nicht derivative außerbilanzielle Aktiva Mio. EUR	
	31.12.2017	31.12.2016
Banken / Investmentfonds	109,3	120,7
Öffentliche Haushalte	44,8	104,1
Privatpersonen	452,2	465,1
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	571,9	565,3
davon:		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	5,9	6,4
Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	37,7	32,4
Verarbeitendes Gewerbe	104,9	112,0
Baugewerbe	29,4	26,8
Handel, Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen	54,3	56,5
Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	14,8	14,4
Finanz- und Versicherungsleistungen	45,4	49,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	163,0	159,9
Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	116,5	107,8
Organisation ohne Erwerbszweck	1,4	1,4
Sonstige	19,8	22,0
Gesamt	1.199,4	1.278,6
Verteilung der Forderungsarten nach geographischen Hauptgebieten		
Deutschland	1.195,4	1.276,3
EU	2,4	0,9
Sonstige	1,6	1,4
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten		
< 1 Jahr	340,8	425,5
1 Jahr bis 5 Jahre	175,7	175,9
> 5 Jahre bis unbefristet	682,9	677,2

Der Rückgang insgesamt gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf reduzierte kommunale Linien und Inanspruchnahmen zurückzuführen. Ein leichter Zuwachs ergibt sich bei den Beständen der Unternehmen und wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen zu Lasten der Bestände an Privatpersonen. Diese sind im Wesentlichen auf eine Veränderte Zuordnung auf Basis der Kundensystematik zurückzuführen.

Das Länderrisiko im Kundenkreditgeschäft, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgelegte Kreditvolumen betrug am 31. Dezember 2017 0,34 % des originären Kundenkreditgeschäfts.

Zur Begrenzung der Risikokonzentrationen aus Größenklassen des originären Kundenkreditgeschäfts wurden Obergrenzen in der Adressenausfallrisikostategie festgelegt. Zwei Kreditnehmer mit einem gesamten Kreditvolumen von 42,0 Mio. EUR übersteigen die Größenklassenlimite. Die übrigen Limite sind eingehalten.

Größenklasse bis in % des wirtschaftlichen Eigenkapitals	Limit in Mio. EUR	Limitauslastung (Anteil Volumen in %)	Volumen in Mio. EUR	Anzahl Wirtschaftsverbände
1	unbegrenzt	---	665,1	22.631
2 bis 6	300,0	80,0	240,1	102
7 bis 9	60,0	39,4	23,6	3
10 bis 12	50,0	66,8	33,4	3
13 bis 15	---	---	---	---
über 15	---	---	42,0	2
Summe			1.004,2	22.741

Die Grenze nach Artikel 395 Absatz 1 CRR (Großkredit-Obergrenze) wurde im gesamten Berichtsjahr 2017 nicht überschritten.

Die Teilrisikostategie für Adressenrisiken ist auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten ausgerichtet. Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt (Neugeschäft bis Risikoklasse 9). Das Volumen in den Ratingklassen 16 bis 18 hat sich gegenüber dem Vorjahr zu Gunsten des Anteils in den Ratingklassen 10 bis 15 reduziert.

Ratingklasse	31.12.2017		31.12.2016	
	Anzahl in %	Volumen in %	Anzahl in %	Volumen in %
1 bis 9	92,2	92,0	91,6	92,1
10 bis 15	7,1	6,6	7,6	5,7
16 bis 18	0,7	1,4	0,8	2,2

Für die Risikoklassifizierung werden die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren eingesetzt. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Preisfindung und zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihren individuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Auf dieser Basis werden die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft ermittelt. Die Abschirmung der Adressenausfallrisiken ist im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung durch das zugewiesene Risikodeckungspotenzial sichergestellt.

Das Gesamtrisiko des Kundenkreditportfolios der Sparkasse wird auf der Grundlage der Risikoklassifizierungsverfahren mittels des Simulationssystems Credit Portfolio View (CPV) ermittelt. Den einzelnen Risikoklassen werden jeweils von der Sparkassen Rating- und Risikosysteme GmbH validierte Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Da zurzeit noch keine validen, institutsindividuellen Werte für Sicherheitenverwertungsquoten und Volatilitäten je Sicherheitenkategorie und Einbringungsquoten abgebildet werden können, wird auf Bundesdurchschnittswerte, welche durch die Sparkassen Rating- und Risikosysteme GmbH ermittelt werden, zurückgegriffen.

Die in CPV mittels der Monte-Carlo-Simulation ermittelte Verteilung des Kreditportfolios spiegelt die möglichen Verluste wider, die unter Berücksichtigung eines Konfidenzniveaus von 99 % innerhalb der nächsten zwölf Monate voraussichtlich nicht überschritten werden. Mit Hilfe dieser Information werden auch die Veränderungen des Kreditportfolios analysiert. Der "erwartete Verlust" als statistischer Erwartungswert wird im Rahmen der Kalkulation als Risikoprämie in Abhängigkeit von der ermittelten Ratingstufe und den erwarteten Sicherheitenerlösen berücksichtigt. Er dient als Basis für die Ableitung des Planwerts des Bewertungsergebnisses Kredit in Verbindung mit prognostizierten Aufwendungen und Erträgen (z. B. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen). In der Risikotragfähigkeitsrechnung wird die Abweichung des Quantilwertes zum Konfidenzniveau von 99 % gegenüber dem rollierenden Planwert limitbelastend berücksichtigt.

Konzentrationen, im Sinne von Risikokonzentrationen, bestehen im Kreditportfolio in folgenden Bereichen:

- Kombiniertes Ausfall einzelner Adressen,
- Branchen „Verarbeitendes Gewerbe“ und „Grundstücks- und Wohnungswesen“
- großvolumige Sicherheitenabschnitte

Diese Risikokonzentrationen werden explizit im Risikomanagementprozess berücksichtigt.

Darüber hinaus liegt eine Konzentration bei den Kreditsicherheiten im Bereich der Grundschulden als Objekte im Satzungsgebiet vor. Bei der Bewertung wurden vorsichtige Maßstäbe angelegt, so dass sich in Verbindung mit der guten Ortskenntnis nur überschaubare Bewertungsrisiken ergeben. Diese Konzentration ist systembedingt und damit strategiekonform.

Konzentrationen ergeben sich des Weiteren bei den Krediten an Kreditinstituten. Ein besonderes Risiko wird nicht gesehen.

Insgesamt ist das Kreditportfolio bis auf die genannten Ausnahmen sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratinggruppen ausreichend diversifiziert. Es wird angestrebt, die Struktur unter Risikogesichtspunkten weiter zu optimieren. Das Bewertungsergebnis Kreditgeschäft ist weiterhin positiv, liegt aber unter dem Wert des Vorjahres.

Zur Absicherung von Adressenausfallrisiken hat die Sparkasse 28 Einzelkreditnehmer mit einem Kreditvolumen von insgesamt EUR 31,7 Mio. EUR in die Sparkassen-Kreditbaskets (über die Emission von Originatoren-Credit Linked Notes) eingebracht.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei deren Engagements sich erhöhte Risiken abzeichnen beginnen, wird das "OSPlus-Frühwarnsystem" eingesetzt. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der Grundlage eines Sanierungs- bzw. Abwicklungskonzeptes betreut (Problemkredite). Risikovor-sorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovor-sorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt.

Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken sowie über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios und die Einhaltung der Limite schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren. Die Kreditstruktur und ihre Entwicklung im Jahr 2017 entsprechen der vom Vorstand vorgegebenen neutralen Risikoeinstellung.

Von dem Gesamtbetrag an Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen entfällt der überwiegende Teil auf Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Personen. Die Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, Kredite in Verzug (ohne Wertberichtigungsbedarf) und Nettozuführungen/Auflösungen von EWB entfallen nahezu ausschließlich auf im Inland ansässige Privatpersonen und Unternehmen. Der Anteil von Forderungen in Verzug (ohne Wertberichtigungen) außerhalb Deutschlands ist von untergeordneter Bedeutung. Wechselkursbedingte und sonstige Veränderungen lagen zum Berichtsstichtag nicht vor.

Entwicklung der Risikovorsorge:

Art der Risikovorsorge in TEUR	Anfangsbestand per 01.01.2017	Zuführung	Auflösung	Verbrauch/Umsetzung	Endbestand per 31.12.2017
EWB	4.563	832	906	-808	3.681
Rückstellungen	397	46	223	0	220
PWB	2.836	0	698	0	2.138
Gesamt	7.796	878	1.827	-808	6.039

Nach Art. 178 Abs. 1 CRR liegt ein Ausfall eines Schuldners vor, wenn er mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtverbindlichkeiten gegenüber der Sparkasse an mehr als 90 aufeinanderfolgenden Kalendertagen überfällig ist oder die Sparkasse es als unwahrscheinlich ansieht, dass der Schuldner seine Verbindlichkeiten in voller Höhe begleichen wird, ohne dass die Sparkasse auf Maßnahmen wie Verwertung von Sicherheiten zurückgreift.

Liegt ein Ausfall bei einem Engagement vor, wird nicht nur das einzelne Konto, bei dem der Ausfall aufgetreten ist, als Ausfall berücksichtigt, sondern sämtliche Forderungen gegenüber dem Kunden. Kredite, für die Risikovorsorgemaßnahmen (Einzelwertberichtigungen und Teilabschreibungen) getroffen wurden bzw. die sich in Abwicklung befinden, werden als notleidend bezeichnet.

	Gesamtbetrag notleidender Forderungen	Bestand EWB	Bestand PWB	Bestand Rückstellungen	Aufwendungen für EWB, PWB und Rückstellungen	Direktabschreibungen abzgl. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	Gesamtbetrag Überfälliger Forderungen
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Hauptbranchen							
Banken	0	0		0	0	0	0
Investmentfonds	0	0		0	0	0	0
Öffentliche Haushalte	0	0		0	0	0	0
Privatpersonen	2.348	1.082		0	-319	23	1.312
Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	4.817	2.576		157	-572	-13	4.281
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	0	0		0	0		0
- Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen Erden	0	0		0	0		0
- Verarbeitendes Gewerbe	2.107	1.260		103	-86		766
- Baugewerbe	1.830	707		38	-155		485
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	383	210		0	46		796
- Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	0	0		0	-113		245
- Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	0	0		0	0		16
- Grundstücks- und Wohnungswesen	174	174		0	-48		1.705
- Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	323	225		16	-216		268
Organisationen ohne Erwerbszweck	0	0		0	0		0
Sonstige	89	23		63	-58	127	0
Gesamt	7.254	3.681	2.138	220	-949	137	5.593

Tabelle: Verteilung der Gesamtinanspruchnahme aus notleidenden und in Verzug geratenen Krediten

In der Tabelle „Verteilung der Gesamtinanspruchnahme aus notleidenden und in Verzug geratenen Krediten“ wird die Verteilung der spezifischen Kreditrisikoaussparungen gemäß Artikel 442 CRR aufgeführt.

Die Sicherungswirkung der im Rahmen eines Sanierungsvertrages zur Verfügung gestellten Garantien des Stützungsfonds des SVWL endete am 31. Dezember 2016. Diese deckten in erster Linie weitere akute und erhöht latente Risiken aus dem Kreditgeschäft ab. Die Rückzahlung der Garantien in Höhe von 19,7 Mio. EUR wird die zukünftigen Ergebnisse der Sparkasse belasten. Die erste Rückzahlung erfolgt in 2018 aus dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2017.

Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen.

5.2. Adressenausfallrisiken der Beteiligungen

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Beteiligungen, einschließlich der Anteile an verbundenen Unternehmen, wird vor allem die Gefahr einer Wertminderung des Unternehmenswertes verstanden. Die Adressenausfallrisiken der Beteiligungen werden gesondert untersucht. Die Überwachung der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungsunternehmen erfolgt anlassbezogen, mindestens aber jährlich. Die Risiken aus Beteiligungen werden in das Risikomanagement einbezogen. Das Risiko wird aus den historischen Verlusten des Beteiligungsportfolios auf Basis eines 99 %-Quantils hergeleitet. Der Planwert wird in Höhe des durchschnittlichen Abschreibungsbedarfs der letzten 10 Jahre berücksichtigt.

Wesentlicher Bestandteil des Beteiligungsportfolios in Höhe von 20,9 Mio. EUR ist mit 19,9 Mio. EUR bzw. 95,2 % die Beteiligung am SVWL. Aus der Beteiligung am SVWL resultieren Risiken hinsichtlich der weiteren Wertentwicklungen der vom SVWL gehaltenen Beteiligungen, die wir in unserem Risikomanagement einbeziehen.

Außerdem haftet die Sparkasse entsprechend dem Anteil am Stammkapital des SVWL für unerwartete Risiken aus dem Auslagerungsportfolio „Erste Abwicklungsanstalt“ (EAA), in das strategisch nicht notwendige Vermögenswerte der ehemaligen WestLB AG zwecks Abwicklung übertragen wurden. Hierfür wurden, bis einschließlich des Geschäftsjahres 2015, Teile des Jahresüberschusses in eine zweckgebundene Ansparrücklage eingestellt. Von dem Wahlrecht, die weitere Ansparung auszusetzen, wird seit 2016 Gebrauch gemacht.

Die Erwerbsgesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes als Eigentümerin der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) hat den Wertansatz ihrer Beteiligung an der LBBH bestätigt.

Wertansätze für Beteiligungsinstrumente

Gruppen von Beteiligungsinstrumenten	Buchwert
	Mio. EUR
Strategische Beteiligungen	
- börsengehandelte Positionen	0,0
- nicht börsennotiert, aber zu einem hinreichend diversifizierten Beteiligungsportfolio gehörend	0,0
- andere Beteiligungspositionen	0,8
Funktionsbeteiligungen	
- börsengehandelte Positionen	0,0
- nicht börsennotiert, aber zu einem hinreichend diversifizierten Beteiligungsportfolio gehörend	0,0
- andere Beteiligungspositionen	20,1
Kapitalbeteiligungen	
- börsengehandelte Positionen	0,0
- nicht börsennotiert, aber zu einem hinreichend diversifizierten Beteiligungsportfolio gehörend	0,0
- andere Beteiligungspositionen	0,0

5.3. Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zu den Handelsgeschäften werden alle in den MaRisk festgelegten Geschäftsarten gezählt.

5.3.1. Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften wird die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen oder der Ausfall eines Emittenten oder Kontrahenten verstanden. Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften werden für einzelne Emittenten und übergeordnete Anlageklassen Volumenlimite festgelegt. Für Kontrahenten erfolgt keine Volumenlimitierung, da die Geschäfte nur Zug-um-Zug abgewickelt werden. Es existiert ein übergreifendes Risikolimit für die Risiken aus Eigenanlagen, welches sowohl Marktpreis- als auch Adressrisiken abdeckt. Hierbei werden historische Renditeänderungen je Asset-/Bonitätsklasse für die Risikomessung verwendet. Für das Risiko eines Direktausfalls eines Emittenten, unter Berücksichtigung einer aus den historischen Ausfallzeitreihen nach Moody´s abgeleiteten Einbringungsquote, wird ein Risikobetrag in Höhe von 0,5 Mio. EUR ermittelt. Ergänzend hierzu wird, anhand eines einfachen Ansatzes in Form einer Ratingverschlechterung von einer Stufe, ein Risikobetrag für das Migrationsrisiko berücksichtigt. Die Einbringungsquote wird dabei ebenfalls berücksichtigt.

Der Bestand der Wertpapiere entfällt auf Schuldverschreibungen und Anleihen (76,5 Mio. EUR, davon 9,0 Mio. EUR Schuldscheindarlehen an Kreditinstitute), Investmentfonds (91,7 Mio. EUR) und einem in einer Testphase befindlichen Spezialfonds (23,6 Mio. EUR). In diesen sind zunächst bislang bereits gehaltene Investmentfonds eingebracht worden. Die direkt gehaltenen und von Staaten, Kreditinstituten und Unternehmen emittierten Wertpapiere sowie die nach einer Durchschaumethode ermittelten Wertpapiere in Investmentfonds weisen zum größten Teil ein Rating aus dem Investmentgradebereich auf.

Die Wertpapieranlagen der Sparkasse verteilen sich auf folgende geografische Hauptgebiete und Hauptbranchen. Für die Zuordnung der Investmentfonds zu den geografischen Hauptgebieten wird auf Basis der Meldewesen-Informationen eine Aggregation der Emittentendaten vorgenommen. Die Zuteilung zu der Kategorie Wertpapiere entspricht den Vorgaben der CRR. Die Ermittlung der Zahlen wird ebenfalls gemäß den Vorgaben der CRR gegliedert nach Forderungsarten vorgenommen.

Gesamtbetrag der Forderungen und Hauptbranchen bzw. Schuldnergruppen nach kreditrisikotragenden Instrumenten	Wertpapiere Mio. EUR 31.12.2017	Wertpapiere Mio. EUR 31.12.2016
Banken / Investmentfonds	133,8	113,8
Öffentliche Haushalte	16,2	13,5
Unternehmen	43,2	39,1
davon:		
Verarbeitendes Gewerbe	2,1	2,1
Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	1,1	1,1
Finanz- und Versicherungsleistungen	37,9	33,8
Sonstige Dienstleistungen	2,1	2,1
Gesamt	193,2	166,4
Verteilung der Forderungsarten nach geographischen Hauptgebieten		
Deutschland	70,0	83,2
EU	94,1	67,2
Sonstige	29,1	16,0

Die von der Sparkasse direkt angelegten und in den Investmentfonds, bzw. der in den Spezialfonds eingebrachten Investmentfonds, gehaltenen verzinslichen Wertpapiere verteilen sich auf folgende Ratingstufen:

Bonität	Moody's	Standard & Poor's	auf Basis Tageswerte	auf Basis Tageswerte
			31.12.2017 in %	31.12.2016 in %
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	9,7	15,0
sehr gut bis gut	Aa1 - Aa3	AA+ - AA-	8,2	10,7
gut bis befriedigend	A1 - A3	A+ - A-	14,8	15,3
befriedigend bis ausreichend	Baa1 - Baa3	BBB+ - BBB-	39,7	31,1
mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 - Ba3	BB+ - BB-	4,4	5,2
Mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug	B1 - B3	B+ - B-	0,8	1,1
Nur bei günstiger Entwicklung sind keine Ausfälle zu erwarten	Caa1 - C	CCC+ - C	0,1	0,1
ohne Rating			22,3	21,5
			100,00	100,00

Der Bestand in der Stufe Ba1 - Ba3 bzw. BB+ - BB- ergibt sich im Wesentlichen aus drei Direktanlagen mit Fälligkeiten zwischen 2019 und 2022. Die übrigen Anteile des Non-Investmentgrade entfallen auf Investmentfondspositionen. Bei den Wertpapieren ohne Rating handelt es sich um Kreditbaskets und übrige Positionen in Investmentfonds.

Konzentrationen bestehen hinsichtlich der Forderungen an Landesbanken, einschließlich der innerhalb von Fondsinvestments gehaltenen Bestände, die zum Jahresende insgesamt rund 79,4 Mio. EUR ausmachten. Diese Konzentration ergibt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Sparkassenorganisation. Zu berücksichtigen sind dabei auch der Haftungsverbund sowie die Beteiligungen, von denen 98,9 % auf Beteiligungen innerhalb der Sparkassenorganisation entfallen.

Länderrisiko	Länderrating		auf Basis Tageswerte	auf Basis Tageswerte
	Moody's	Standard & Poor's	31.12.2017 in %	31.12.2016 in %
inländische Emittenten			36,2	33,6
ausländische Emittenten				
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	18,7	18,2
sehr gut bis gut	Aa1 - Aa3	AA+ - AA-	27,1	29,1
gut bis befriedigend	A1 - A3	A+ - A-	4,0	2,3
befriedigend bis ausreichend	Baa1 - Baa3	BBB+ - BBB-	8,9	10,8
mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 - Ba3	BB+ - BB-	0,9	2,2
Mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug	B1 - B3	B+ - B-	0,6	0,2
Nur bei günstiger Entwicklung sind keine Ausfälle zu erwarten	Caa1 - C	CCC+ - C	0,0	0,0
Ohne Rating			3,6	3,6
			100,0	100,0

Zum 31. Dezember 2017 beträgt der Buchwert der Finanzanlagen in Staatsanleihen der PIIGS-Staaten insgesamt 2,2 Mio. EUR, die vollständig auf Portugal entfallen. Darüber hinaus werden Covered Bonds von einem Kreditinstitut aus Spanien mit einem Buchwert von 0,9 Mio. EUR gehalten.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Auch unter Berücksichtigung der Fondsdurchschau auf Basis der Meldewesen-Informationen ist im Hinblick auf den Umfang und der guten Länderratings der Wertpapiere von Emittenten mit Sitz im Ausland das Länderrisiko aus dem Handelsgeschäft weitgehend ohne größere Bedeutung. Die strukturellen Vorgaben zur Begrenzung des Länderrisikos wurden vollständig eingehalten.

5.3.2. Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Die Teilrisikostrategie für Marktpreisrisiken inklusive Eigenhandel beschreibt Marktpreisrisiken als die Gefahren negativer Entwicklungen der Geld- und Kapitalmärkte für die Sparkasse. Diese ergeben sich aus Veränderungen der Marktpreise von z. B. Wertpapieren, Währungen, Immobilien und Rohstoffen sowie aus Schwankungen der Zinssätze. In der Teilrisikostrategie hat der Vorstand die grundlegende Anlagestrategie festgelegt, welche mindestens jährlich überprüft wird.

Der Bestand der bilanzwirksamen Handelsgeschäfte hat sich zum Bilanzstichtag wie folgt entwickelt:

Anlagekategorie	Buchwerte	
	31.12.2017 Mio. EUR	31.12.2016 Mio. EUR
1) Tages- und Termingelder / laufendes Konto	64,5	100,8
2) Namenspfandbriefe / Schuldscheindarlehen	9,0	11,0
3) Schuldverschreibungen und Anleihen	67,5	71,8
4) Aktien	0,0	0,0
5) Wertpapier-Spezialfonds	23,6	0,0
6) Investmentfonds	91,7	83,2
	256,3	266,8

Für das handelsrechtliche Ergebnis wird auf Basis konstanter Zinsen eine Prognose zum Bilanzstichtag auf Basis einer Szenariosimulation erstellt. Die voraussichtlichen Jahresendkurse von Investmentfondspositionen werden unter Berücksichtigung der Kurswertänderungen aufgrund noch auflaufender Erträge und erwarteter Ausschüttungen prognostiziert.

In der Risikosicht wird für Rentenpositionen anhand einer Szenariosimulation das Risiko ausgehend vom Tageswert ermittelt. Die Simulation basiert auf historischen Entwicklungen gemäß den DSGVO-Grenzscenarien für Zinsänderungen und den DSGVO-Credit-Spread-Szenarien. Die Parameter werden grundsätzlich mit einer Haltedauer von 250 Handelstagen und einem Konfidenzniveau von 99 % ermittelt. Das Risiko aus Investmentfondspositionen wird anhand des schlechteren Wertes der historischen Marktwertänderungen der letzten 500 Handelstage bzw. der vollständigen Investmentfondspreishistorie ermittelt. Die Haltedauer beträgt 10 Tage bei einem Konfidenzniveau von 99 %. Der Risikofaktor wird mittels der Wurzel-Zeit-Formel auf ein Jahr skaliert. Sofern in der Vergangenheit höhere Kursverluste zwischen zwei Jahresendstichtagen beobachtet wurden, wird hierfür ein weiterer Skalierungsfaktor auf den Risikofaktor angewendet. Sowohl für Rentenpositionen als auch für Investmentfondspositionen ergibt sich das Risiko als Differenz zwischen Buchwert und kleinerem Tageswert. Ergänzend wird ein pauschal ermittelter Risikobeitrag für Wertpapierprolongation im Risikobetrachtungszeitraum entsprechend der Geschäftsplanung berücksichtigt. Für die Ermittlung des limitbelastenden Risikos wird der rollierende Planwert in Abzug gebracht.

Die Überwachung des Marktpreisrisikos wird im Controlling unter strenger Beachtung der Funktionstrennung zum Handel wahrgenommen. Es wird monatlich geprüft, ob sich die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken innerhalb der vorgegebenen handelsrechtlichen Limite im Sinne der Risikotragfähigkeit bewegen. Bei Überschreitung von Limiten bzw. der vordefinierten Frühwarnniveaus ist vorgesehen, dass der Gesamtvorstand über Maßnahmen zur Verringerung der Wertpapierrisiken entscheidet. Im Rahmen der Überwachung der Adressenausfall- und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften werden sowohl das bereits erzielte Handelsergebnis als auch das Verlustrisiko berücksichtigt. Ergänzend hierzu wird das Risiko aus Investmentfondspositionen über ein Stop-Loss-System begrenzt und täglich überwacht. Das Risiko des Spezialfonds wird über eine Wertuntergrenze limitiert.

Der Gesamtvorstand wird monatlich über die Risikolage der Handelsgeschäfte der Sparkasse unterrichtet. Die Wertveränderungen aus Marktpreisrisiken an den Kapitalmärkten bewegten sich durchgängig in den von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Teillimiten. Das Gesamtlimit war stets eingehalten. Aus den Handelsgeschäften der Sparkasse sind besondere Marktpreisrisiken nicht erkennbar.

5.3.3. Gegenparteiausfallrisiken

Das Gegenparteiausfallrisiko bzw. Kontrahentenrisiko ist die Gefahr, dass bei Ausfall des Kontrahenten neben den möglicherweise noch ausstehenden Zinszahlungen ein Wiedereindeckungsrisiko entsteht. Ein Wiedereindeckungsrisiko besteht darin, dass durch Veränderung der Marktpreise gegenüber dem ursprünglichen Abschluss höhere oder niedrigere Zinsen für die Festzinsseite zu zahlen sind. Es werden ausschließlich Geschäfte innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe abgeschlossen, so dass keine gruppenexternen Kontrahentenrisiken vorhanden sind.

Im Rahmen der Zinsänderungsrisikosteuerung werden Swapgeschäfte abgeschlossen. Ein Handel zur Erzielung von Gewinnen aus Preisdifferenzen wird nicht betrieben.

Voraussetzung für das Eingehen von Adressenausfallrisikopositionen ist die Einräumung entsprechender Limite im Rahmen der für vergleichbare Geschäfte des Anlagebuches bestehenden Kreditgenehmigungsverfahren. Die Risikobewertung und -überwachung erfolgen nach den gleichen Grundsätzen wie bei den übrigen Geschäften des Anlagebuches. Bei der Limitanrechnung orientiert sich die Sparkasse an den Regelungen der CRR. Geschäfte in derivativen Finanzinstrumenten werden bisher nur außerbörslich abgeschlossen. Für die Bilanzierung und Bewertung der derivativen Finanzinstrumente gelten die allgemeinen Grundsätze des HGB.

Die Ermittlung der Eigenmittelanforderungen für derivative Finanzinstrumente des Anlagebuches nach Artikel 273 CRR erfolgt nach der Ursprungsrisikomethode gemäß Artikel 275 CRR. Der Risikopositionswert für eine derartige Adressenausfallrisikoposition ergibt sich durch Multiplikation des Nominalwertes mit einem von der CRR vorgegebenen (laufzeitabhängigen) Prozentsatz. Zum 31. Dezember 2017 beträgt der Wert 15 TEUR. Hierbei handelt es sich ausschließlich um zinsbezogene Derivate aus dem Eigengeschäft, die ausschließlich mit als zentrale Gegenparteien fungierenden Instituten des S-Finanzverbundes abgeschlossen wurden. Dabei finden Risikominderungstechniken keine Anwendung. Es wurden weder Sicherheiten-Margins bei Abschluss der Geschäfte noch Nachschussverpflichtungen während der Laufzeit mit den jeweiligen Kontrahenten vereinbart.

Zur Kreditrisikosteuerung wurde im Jahr 2017 erneut an einer Sparkassen-Kreditbasket-Transaktion teilgenommen. Mit Hilfe der Sparkassen-Kreditbasket-Transaktion erfolgte im Jahr 2017 die Absicherung von Einzelkreditrisiken in Höhe von 5,3 Mio. Euro. Im Rahmen der Transaktion wurden Anteile ausgewählter Risikopositionen aus dem Sparkassenportfolio (Verkauf einer Originatoren-CLN mit implizitem CDS) gegen einen Anteil an einem "diversifizierten Kreditportfolio" (Kauf einer Investoren-CLN mit eingebettetem CDS) getauscht. Es handelt sich dabei nicht um ein True-Sale-Geschäft.

Für die Teilnahme an den Sparkassen-Kreditbasket-Transaktionen bestehen strenge Vorgaben. Dabei dürfen unter anderem nur Anteile an Kreditforderungen mit einer guten Bonität in den Basket eingebracht werden. Die Überprüfung, ob die Vorgaben eingehalten wurden, erfolgt durch die Prüfungsstelle des SVWL.

Der Nominalwert der Absicherung aus den Teilnahmen an den Sparkassen-Kreditbasket-Transaktionen beläuft sich zum 31. Dezember 2017 auf insgesamt 31,7 Mio. Euro und erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 2,0 Mio. EUR.

In Ergänzung zur Umsetzung von Basel III sorgt die European Market Infrastructure Regulation (EMIR) für mehr Transparenz auf den Derivatemärkten. Diese Regulierung umfasst im Wesentlichen die Pflicht zur Meldung aller Derivatetransaktionen an Transaktionsregister, die Pflicht zum Clearing von bestimmten Derivaten über zentrale Gegenparteien sowie die Anwendung bestimmter Risikominderungstechniken bei nicht über zentrale Gegenparteien abgewickelten Derivaten. Die aus der EMIR resultierenden Anforderungen wurden im Geschäftsjahr 2017 erfüllt.

5.3.4. Aktienkursrisiken

Aktienkursrisiken beschreiben die Gefahr, dass durch Preisveränderungen auf den Aktienmärkten die jeweiligen Bestände bzw. offenen Positionen an Wert verlieren und dadurch ein Verlust entsteht.

Aktienbestände werden aktuell weder direkt noch über Fondsinvestments gehalten.

5.3.5. Währungsrisiken

Es werden keine Fremdwährungsdarlehen vergeben. Neben Garantien für Währungsrisiken aus Kundengeschäften wird ein kleiner Goldbestand gehalten. Darüber hinaus befinden sich in den Fonds-Investments in Fremdwährungen notierte Wertpapiere. Das summierte Volumen ist mit 1,7 Mio. EUR im Verhältnis zum Gesamtportfoliowert weiterhin von untergeordneter Bedeutung. Die Währungsrisiken sind hinsichtlich ihrer GuV-Wirkung daher grundsätzlich ebenfalls von untergeordneter Bedeutung. Bemerkenswerte Konzentrationen sind nicht erkennbar.

5.3.6. Immobilienrisiken

Das Risiko wird unterteilt in Risiken aus Immobilienengagements in regionale und sonstige Risiken. Die sonstigen Immobilienrisiken entstehen beispielsweise aus Engagements in Immobilienfonds. Für Immobilienfonds wird der Benchmarkportfolioansatz angewendet. Hierbei wird das Immobilienportfolio auf die zugrunde liegende Wertänderungszeitreihe der jeweiligen Anlageregionen aufgeteilt. Das Risiko ergibt sich zum Konfidenzniveau der Wertschwankungen von 99 %. Das Risiko schlägt sich im Bewertungsrisiko Wertpapiere nieder. Der Bestand wird derzeit leicht aufgebaut.

Die regionalen Immobilienrisiken beziehen sich auf zur Rettung erworbene Immobilien oder eigene Immobilien wie betriebsnotwendige Gebäude. Gegebenenfalls vorhandene stille Lasten würden in der Risikotragfähigkeitsberechnung als Abzugsposition vom Deckungspotenzial berücksichtigt.

5.4. Zinsänderungsrisiken

Die Messung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt sowohl auf perioden- als auch auf wertorientierter Basis. Die Abschreibungsrisiken für Wertpapiere des Eigengeschäfts werden in den Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften berücksichtigt. Beide Steuerungsansätze werden eingesetzt, um Erträge zu optimieren und Risiken aus der Fristentransformation zu begrenzen. Grundlage der Wertermittlung der Zinsgeschäfte sind alle innerhalb der jeweiligen Restlaufzeit liegenden Zahlungen.

Unter dem Zinsänderungsrisiko wird in der periodisch orientierten Sichtweise die negative Abweichung des Zinsüberschusses vom rollierenden Planwert verstanden. Das Zinsüberschussrisiko wird mit unterschiedlichen Anpassungsgeschwindigkeiten variabel verzinslicher Aktiv- und Passivposten sowie unter Berücksichtigung eines hausindividuellen Risikoszenarios berechnet. Der ermittelte Risikobetrag wird im Rahmen der handelsrechtlichen Risikotragfähigkeitsbetrachtung mit weiteren Risikoarten zum Gesamtrisiko der Sparkasse addiert.

In der wertorientierten Sichtweise ist dieses Risiko als negative Abweichung des Barwertes am Planungshorizont vom erwarteten Barwert definiert. Für den aus den Gesamtzahlungsströmen der Sparkasse errechneten Barwert wird das Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt (Konfidenzniveau 99 %, Haltedauer 1 Jahr) und der zu erwartenden Performance gegenübergestellt. Die Berechnungen des Value-at-Risk und der erwarteten Performance beruhen auf der historischen Simulation der Marktziinsänderungen. Die Zeitreihe für die historische Simulation erstreckt sich auf einen Zeitraum von 1988 bis 2016. Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer definierten Benchmark (angelehnt an die Struktur des gleitenden 10-Jahresdurchschnitts). Abweichungen zeigen ggf. Bedarf von Steuerungsmaßnahmen auf und dienen als zusätzliche Information für zu tätige Neuanlagen.

Die vermögenswertorientierten und handelsrechtlichen Ergebnisgrößen werden mittels vierteljährlicher Simulationsrechnungen unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien ermittelt. Anhand dieser Berechnungen werden für die Sparkasse besonders belastende bzw. günstige Konstellationen ermittelt. Die Ergebnisse beider Berechnungen fließen parallel in die Überlegungen zur Disposition des Zinsbuches ein, wobei die periodische Sicht den übergeordneten Rahmen der Steuerung vorgibt. Über die Entwicklung der Zinsänderungsrisiken wird der Gesamtvorstand vierteljährlich unterrichtet. Zur Steuerung werden neben bilanzwirksamen Instrumenten auch Zins-Swaps eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss).

Auf Basis des Rundschreibens 11/2011 der BaFin vom 9. November 2011 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch; Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung) wurde zum Stichtag 31. Dezember 2017 die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. - 200 Basispunkte errechnet. Die Verminderung des Barwertes gemessen an den regulatorischen Eigenmitteln betrug 12,8 %. Vor dem Hintergrund der ausreichenden Kapitalausstattung und der damit verbundenen Risikotragfähigkeit sowie aktuellen Risikolage halten wir das Zinsänderungsrisiko für vertretbar.

Währung	Zinsänderungsrisiken	
	Zinsschock (+200 / -200 BP)	
	Vermögensrückgang	Vermögensrückgang
Mio. EUR	14,5	7,1

Das Zinsänderungsrisiko der Sparkasse lag im Jahr 2017 innerhalb der vorgegebenen Limite.

Die gesamten Zinspositionen des Bankbuchs wurden nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer periodenorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst - entsprechend dem internen Risikomanagement - alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

5.5. Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nicht oder nicht vollständig erfüllt werden können (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne), zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft werden können (Refinanzierungsrisiko) oder vorhandene Vermögenswerte nur mit Preisabschlägen verwertet werden können (Marktliquiditätsrisiko). Das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne und das Marktliquiditätsrisiko werden mittels des Modul C der Integrierten Zinsbuchsteuerung (Zahlungsfähigkeitssicht) bewertet. Da die Zahlungsfähigkeit weit über den Risikotragfähigkeits-Betrachtungshorizont gegeben ist, ergibt sich hieraus kein Risiko. Das Refinanzierungsrisiko wird anhand der im Risikotragfähigkeits-Betrachtungszeitraum benötigten Refinanzierungsmittel abgeleitet. Dieses Volumen wird zu erhöhten Refinanzierungskonditionen aufgenommen.

Das Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Aktiva und Passiva gesteuert. Zur regelmäßigen Überwachung der Liquidität werden monatlich die Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen der Sparkasse mit Fälligkeit innerhalb des nächsten Jahres in der Liquiditätsübersicht gegenübergestellt. Zusätzlich wird die Streuung der Liquiditätsquellen mindestens vierteljährlich überprüft. Darüber hinaus werden die Liquiditätsressourcen der Sparkasse in der Liquiditätsliste erfasst.

Die durch § 11 KWG in Verbindung mit der Liquiditätsverordnung und den MaRisk vorgegebenen Anforderungen über eine ausreichende Liquidität wurden zu jedem Zeitpunkt eingehalten. Im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln, die erwarteten Liquiditätszuflüsse sowie die Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten ist dies auch für die Zukunft gewährleistet. Die Liquiditätskennzahl (Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen für den folgenden Monat) lag stets über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0. Sie bewegte sich im Geschäftsjahr 2017 zwischen einem Wert von 1,30 und 1,54. Der Wert per 31. Dezember 2017 lag bei 1,35. Ferner werden zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Infolge der Finanzkrise führte die Aufsicht neue Liquiditätskennzahlen für Kreditinstitute ein. Während mit der Liquidity Coverage Ratio (LCR) das kurzfristige Liquiditätsrisiko bewertet werden soll, dient die Net Stable Funding Ratio (NSFR) dazu, das strukturelle Liquiditätsrisiko zu messen. Die LCR wird stufenweise eingeführt. Ab dem 1. Oktober 2015 muss der Bestand an hochliquiden Aktiva den Nettomittelabfluss unter Stress zu 60 % abdecken, ab 2016 zu 70 % und 2017 zu 80 %. Ab 2018 gilt die LCR vollumfänglich, die hochliquiden Aktiva müssen dann 100 % der Nettomittelabflüsse im Stressszenario abdecken. Im laufenden Jahr hat die Sparkasse bereits zu jedem Meldestichtag die geforderte Mindestquote von 100 % weit übertroffen. Die NSFR befindet sich noch in der Beobachtungsphase. Erste Testrechnungen zeigten jedoch, dass die Sparkasse auch diese Quote bereits heute nahezu erfüllt.

Die Liquiditätsdeckungsquote gemäß Art. 412 CRR beträgt zum Bilanzstichtag 392 %; sie lag im Jahr 2017 zwischen 205 % und 393 %.

Die Sparkasse hat ein "einfaches Liquiditätskostenverrechnungssystem" (Erläuterung zu BTR 3.1 TZ 5 der MaRisk) auf Basis homogener Teilportfolien implementiert.

Die Vorgaben zur Steuerung der Liquiditätsrisiken hat der Vorstand in der Teilrisikostategie für Liquiditätsrisiken und internen Organisationsrichtlinien festgelegt. Über einen "Internen Liquiditätsgrundsatz" wird die jederzeitige Zahlungsbereitschaft sichergestellt. In die tägliche Berechnung des internen Liquiditätsgrundsatzes fließen ausgewählte Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen ein. Ihr Fokus liegt auf Zahlungsmitteln, die über eine hohe (Markt-)Liquidität verfügen. Bei der Disposition werden entsprechende Reserven berücksichtigt, die außergewöhnliche Liquiditätsabflüsse abdecken. Es wird auf eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Tages- und Termingeldeinlagen sowie der eigengemanagten Wertpapiere geachtet. Darüber hinaus bestehen zur Abdeckung eines kurzfristig auftretenden Liquiditätsbedarfs umfangreiche Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundesbank und anderen Kreditinstituten.

Um mögliche Liquiditätsengpässe frühzeitig erkennen zu können, wurde eine Liquiditätsplanung unter Berücksichtigung der bekannten Zahlungen eingerichtet, welche Gefahrenquellen identifiziert und das Einleiten entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen ermöglicht. Zusätzlich wird in einem Liquiditäts-Stresstest die Auswirkung der Abflüsse von Kundengeldern und die Streichung von Interbankenlinien simuliert.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr 2017 jederzeit gegeben.

5.6. Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Die Bestimmung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung für operationelle Risiken basiert auf dem Basisindikatoransatz gemäß Artikel 315 und 316 CRR.

Zur Steuerung der betrieblichen Risiken dienen Arbeitsanweisungen, Kontrollen und automatisierte Sicherheitsmaßnahmen. Eventuelle Schadensfälle sind zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch die sorgfältige Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen reduziert. Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden, wird mit angemessenen Kontrollsystemen begegnet, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der jeweiligen Betriebsstellen überwacht und von der Internen Revision geprüft wird. Für technische Risiken wurden Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Zudem wird eine vom DSGVO empfohlene Schadensfalldatenbank eingesetzt, in der Schadensfälle systematisch erfasst und regelmäßig ausgewertet werden. Der Vorstand wird vierteljährlich über Art und Umfang eingetretener Schadensfälle und die eingeleiteten Maßnahmen unterrichtet. Es ist geregelt, dass bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk ad-hoc berichtet und unverzüglich analysiert werden. Darüber hinaus wird jährlich eine Risikolandkarte für operationelle Risiken erstellt, die zukünftiges Gefährdungspotenzial auf Basis von Szenarien nach Ursachenkategorien erkennbar werden lässt. Die Risikolandkarte wird durch eine Expertenrunde erstellt.

Für die Risikoquantifizierung im Sinne der Risikotragfähigkeitsrechnung setzt die Sparkasse seit 2017 das OpRisk-Schätzverfahren der S-Rating und Risikosysteme GmbH ein. Dieses leitet einen Schadensbetrag auf Basis historischer Schadensfälle zum 99 %-Quantil ab.

Die operationellen Risiken sind nach der derzeitigen Einschätzung für die künftige Entwicklung der Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Nennenswerte Schäden aus einer veränderten Rechtsprechung haben sich nicht ergeben. Das vorgegebene Risikolimit wurde jederzeit eingehalten.

5.7. Vertriebs- und Absatzrisiken

Unter Vertriebs- und Absatzrisiken wird das Risiko verstanden, dass die geplanten Absatzziele beispielsweise aufgrund von Umwelteinflüssen oder Kundenverhalten nicht erfüllt werden. Eine Berücksichtigung in der Risikotragfähigkeitsrechnung erfolgt für das zinstragende Geschäft. Als Risikobetrag wird der Fehlbetrag gegenüber dem rollierenden Planwert angesetzt, der über ein Strukturszenario ermittelt wurde.

Ergänzend hierzu werden die Ergebnisse des Finanzplanungssystems Prognose zur Steuerung verwendet. Die Geschäftsleitung wird monatlich mittels eines Vertriebsreports umfassend informiert. Die Vertriebs- und Absatzrisiken bewegen sich innerhalb der definierten Toleranzen und werden daher als vertretbar eingestuft.

6. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Es wird am Risikomonitoring des SVWL teilgenommen. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von vier Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Die Risikotragfähigkeitsberechnung zeigt ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und vorhandener Risikodeckungsmasse. Die Risikotragfähigkeit war und ist auch in den von der Sparkasse simulierten Stresstests gegeben. Die Sparkasse ist somit in der Lage, die simulierten Krisenszenarien zu verkraften. Die aus der Risikotragfähigkeit abgeleiteten Limite für die wesentlichen Risiken wurden im Jahr 2017 eingehalten. Risiken der künftigen Entwicklung, die für die Sparkasse bestandsgefährdend sein können, sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar. Hinsichtlich der Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen wird auf die Darstellung in Abschnitt B.4.1. Vermögenslage verwiesen.

Die zur Deckung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen vorhandenen Eigenmittel übertreffen die Anforderungen. Die Gesamtkapitalquote gemäß Artikel 92 CRR beträgt zum Bilanzstichtag 14,89 %.

Insgesamt beurteilen wir die Risikolage unter Würdigung und Abschirmung aller Risiken als ausgewogen.

7. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Insofern können die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

7.1. Geschäftsentwicklung

Im kommenden Jahr dürfte sich der globale Aufschwung fortsetzen. Für das Jahr 2018 erwartet der Sachverständigenrat ein reales Wachstum der Weltwirtschaftsleistung in Höhe von 3,2 % und damit auf Vorjahreshöhe. Grundsätzlich bestehen zahlreiche geopolitische Risiken fort und mit der Zuspitzung des Nordkoreakonflikts ist ein weiteres hinzugekommen. Als eines der Hauptrisiken für die mittelfristigen Wachstumsaussichten der Weltwirtschaft gilt die weltweite Verschuldung sowohl des öffentlichen als auch des privaten Sektors, die seit der Finanzkrise weiter zugenommen hat und auf einem historisch hohen Niveau liegt. Die Verschuldung kann zu Instabilitäten im Finanzsystem beitragen. Ein weiteres Risiko birgt die insbesondere in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften weiterhin sehr expansiv ausgerichtete Geldpolitik. Der Ausstieg aus dieser expansiven Geldpolitik findet bisher, wenn überhaupt, nur sehr zögerlich statt. Zwar ist die Verbraucherpreis-inflation derzeit moderat, doch könnte sich dies angesichts des monetären Umfelds und einer steigenden Kapazitätsauslastung ändern. Die Zentralbanken könnten dann zu unerwarteten, schnellen Zinserhöhungen gezwungen sein. Daraus resultiert wiederum ein Risiko für die privaten und öffentlichen Schuldner, die derzeit aufgrund der niedrigen Zinsen nur einen geringen Schuldendienst leisten müssen. Nicht zuletzt könnten plötzliche Änderungen der Erwartungen über die künftige geldpolitische Ausrichtung starke Reaktionen auf den internationalen Kapital- und Devisenmärkten hervorrufen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa wird der Ausgang der Brexit-Verhandlungen eine Rolle spielen. Ein Scheitern der Verhandlungen und ein „harter Brexit“ hätten vor allem für das Vereinigte Königreich und in geringerem Ausmaß für die europäischen Handelspartner negative wirtschaftliche Effekte. Der Aufschwung in der Euro-Zone dürfte sich jedoch fortsetzen.

Im Euro-Raum wird sich das reale Inlandsprodukt im kommenden Jahr voraussichtlich um 2,1 % ausweiten. Die robuste Inlandsnachfrage dürfte sich dabei weiterhin als wichtigster Treiber der Expansion erweisen. Sie wird durch den anhaltenden Beschäftigungsaufbau und den Rückgang der Arbeitslosenquoten gestärkt. Die Verbraucherpreis-inflation wird nach Schätzung des Sachverständigenrates im nächsten Jahr bei 1,5 % liegen.

Der Konjunkturaufschwung in Deutschland wird sich im Jahr 2018 aller Voraussicht nach fortsetzen. Der Sachverständigenrat rechnet mit einem Wirtschaftswachstum von 2,2 %. Positive Impulse gehen von den weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen aus, an denen sich aufgrund der kaum veränderten Geldpolitik im kommenden Jahr wenig ändern dürfte. Die Konsumentenstimmung ist sehr gut, Anschaffungsneigung und Einkommenserwartungen sind aufwärts gerichtet. Aufgrund der stabilen Arbeitsmarktentwicklung und deutlicher Lohnsteigerungen erwartet der Sachverständigenrat im kommenden Jahr einen Anstieg der Nettolöhne und -gehälter von rund 4 %. Die Exporte werden auch in 2018 von der kräftigen Weltkonjunktur, insbesondere vom sich fortsetzenden Aufschwung im Euro-Raum, stimuliert. Insgesamt dürften die Ausfuhren leicht beschleunigt um 4,5 % zulegen. Zur Verbesserung der Lage der öffentlichen Haushalte werden auch in 2018 insbesondere sinkende Zinsausgaben und steigende Steuereinnahmen infolge der guten Einkommens- und Beschäftigungslage beitragen. Vor dem Hintergrund der guten Konjunktur bleibt die Arbeitskräftenachfrage hoch. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich auf 5,5 % sinken. Angesichts des Ausscheidens der geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre aus dem Arbeitsmarkt im nächsten Jahrzehnt dürften sich die Arbeitskräfteengpässe in den kommenden Jahren verschärfen. Für das kommende Jahr rechnet der Sachverständigenrat mit einem Anstieg des Verbraucherpreisniveaus um 1,8 %. Dafür sprechen der erwartete Auftrieb der Erzeugerpreise und die mehrheitlich aufwärts gerichteten Preiserwartungen der Unternehmen. Darüber hinaus wird der mit der zunehmenden Knappheit am Arbeitsmarkt etwas höhere Lohnkostendruck wohl nach und nach an die Verbraucher weitergereicht.

Mit einem baldigen Ende des starken Aufschwungs rechnen die westfälisch-lippischen Unternehmen nicht. Der Anteil der Betriebe, die eine weitere Verbesserung für möglich halten, ist von 26 % auf 29 % gestiegen. Unverändert 8 % der Firmen rechnen mit einer nachlassenden Konjunktur. Der Optimismus zieht sich durch sämtliche Wirtschaftsbereiche. Besonders zuversichtlich ist die Industrie. Verantwortlich sind die positiven Exportaussichten. Mittlerweile erachten 59 % der westfälisch-lippischen Unternehmen den Fachkräftemangel als wesentliches Risiko für den künftigen Geschäftserfolg. Im vergangenen Herbst waren es noch 53 %.

Die hohe Beschäftigung und steigende Kaufkraft sind gute Rahmenbedingungen für eine weitere Belebung der Wirtschaft im Gebiet der SIHK. Im Zuge der weltweiten Erholung floriert auch das Exportgeschäft. Die Erwartungen im Bereich der SIHK für die kommenden Monate steigen. In der Zukunft erwartet fast jedes vierte Unternehmen noch bessere Geschäfte. Zwei von drei Unternehmen gehen von gleichbleibenden Geschäften aus. Die größten Gefahren für die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Monaten sehen die Unternehmen derzeit im Fachkräftemangel, in steigenden Energie- und Rohstoffpreisen, den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sowie den steigenden Arbeitskosten. Während vor einem Jahr noch 40 % der Unternehmen den Fachkräftemangel als größtes Risiko nannten sind es mittlerweile 65 %. Bei den Kreditinstituten ist die Stimmung zwar gedämpfter, allerdings weniger als noch im letzten und vorletzten Jahr. Hier bleiben die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (Niedrigzinsen, Regulatorik) ein Dauerthema.

Abgeleitet aus der Bestandsentwicklung des Jahres 2017 rechnen wir mit einer moderaten Wachstumsrate für unser Kundenkreditgeschäft, vorrangig aus dem Darlehensgeschäft mit unseren Privat- und Firmenkunden.

Die Sparquote wird sich voraussichtlich weiter erhöhen. Hier erwarten wir unverändert die Fortsetzung der Tendenz, dass Kunden aufgrund des Niedrigzinsumfelds die Gelder weiterhin kurzfristig anlegen werden. In Anbetracht dieses Umfelds wollen wir mit der an den Kundenbedürfnissen ausgerichteten ganzheitlichen Beratung sowie dem umfassenden Produktangebot und der fortwährenden Marktbeobachtung Kundengelder halten bzw. ausweiten. Insgesamt erwarten wir somit für 2018 eine leicht positive Entwicklung der Kundengeldanlagen (inklusive Wertpapieren).

Bei der durchschnittlichen Bilanzsumme prognostizieren wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft für das Folgejahr einen Anstieg von ca. 1,1 %.

Im Dienstleistungsgeschäft planen wir für 2017 ein Volumen auf Vorjahresniveau.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Die Risiken liegen - neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten unternehmerischen und banküblichen Gefahren - hauptsächlich in einem Nachlassen der weltwirtschaftlichen Dynamik. Ferner kann nicht ausgeschlossen werden, dass mögliche Schocks im Finanzsystem die realwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen können. Darüber hinaus sind die Auswirkungen des Brexits noch nicht abzuschätzen. Inwieweit die Regierungsbildung nach der Bundestagswahl einen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland haben wird, ist zurzeit noch völlig offen.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Chancen sehen wir vor allem in den positiven konjunkturellen Aussichten aufgrund des Wirtschaftswachstums und der damit verbundenen Reduzierung der Arbeitslosenquote. In diesem Zusammenhang ist von einer Erhöhung der Konsumnachfrage auszugehen, die sich positiv auf die Kreditnachfrage auswirken würde. Dies würde den Rückgang des Zinsüberschusses positiv beeinflussen und somit auch zu einem vergleichsweise höheren Betriebsergebnis vor Bewertung führen. Aufgrund der Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung dürfte sich das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft innerhalb stabiler Bandbreiten bewegen, während gleichzeitig das Zinsniveau ansteigen und das Bewertungsergebnis Wertpapiere belasten könnte. Weiterhin sehen wir Chancen im Zinsbuch bei einer steileren Zinsstrukturkurve und einem anhaltenden relativ geringen Zinsniveau des Geldmarktes.

Weitere Chancen versprechen wir uns auf dem Weg zur Multikanalsparkasse sowie der Umsetzung der „Vertriebsstrategie der Zukunft“. Mit den begonnenen Projekten erzielt die Sparkasse mit der geplanten Differenzierung des Leistungsangebots in den Geschäftsstellen und über ein wettbewerbsfähiges Multikanalangebot eine bessere, effizientere Kundenfokussierung. Im Ergebnis könnten die Provisionsinnahmen stärker steigen. Darüber hinaus sind weitere Projekte geplant, die eine Ausweitung des Provisionsüberschusses zum Ziel haben, sowie Maßnahmen, um eine weitere Reduktion von Personal- und Sachkosten zu erreichen.

7.2. Finanzlage

Für das Jahr 2018 sind derzeit keine größeren Investitionen geplant. Zum 01. Januar 2018 wird die Liquiditätsverordnung mit einer Mindest-Kennzahl von 1,0 durch die Liquidity Coverage Ratio (LCR) abgelöst. Von den Instituten ist ab diesem Zeitpunkt eine Mindest-LCR von 100 % nachzuweisen.

7.3. Ertragslage

Der Zinsüberschuss auf Basis der Systematik des Sparkassen-Betriebsvergleichs als größte Ertragsposition wird sich im Jahr 2018 aufgrund des aktuellen Zinsniveaus voraussichtlich weiter deutlich reduzieren. Ein Zinsanstieg würde die Ertragslage zunächst kaum beeinflussen, während eine weitere Verringerung des Zinsniveaus und somit die Ausweitung von Negativzinsen negative Auswirkungen auf das Zinsergebnis hätte. Darüber hinaus werden die negativen Zinsen für die Liquiditätsanlage der Sparkasse das Zinsergebnis voraussichtlich mit EUR 0,1 Mio. EUR belasten.

Im Provisionsüberschuss gehen wir von einem konstanten Ergebnis für das nächste Jahr aus. Eine geplante Ausweitung der Erträge im Wertpapiergeschäft kompensiert dabei mögliche Rückgänge der Erträge im Versicherungsgeschäft.

Die Verwaltungsaufwendungen auf Basis des Betriebsvergleichs werden nach unseren Planungen um bis zu 1 Mio. EUR im Jahr 2018 steigen. Aufgrund der kalkulierten Tarifabschlüsse und der Übernahme von Auszubildenden in das Angestelltenverhältnis wird sich ein deutlicher Personalmehraufwand auf Basis von Betriebsvergleichszahlen im Jahr 2018 ergeben. Insgesamt erwarten wir für 2018 darüber hinaus einen deutlich höheren Sachaufwand. Auf Basis des Sparkassen-Betriebsvergleichs planen wir unter den vorgestellten Annahmen für das Jahr 2018 mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 0,73 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme von ca. 1.2 Mrd. EUR.

Das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft wird in Höhe von 1,5 Mio. EUR oder -0,12 % der durchschnittlichen Bilanzsumme geplant. Eine deutliche Erhöhung des Zinsniveaus, das die Zinsspanne ausweiten würde, hätte auf die Kurswerte der festverzinslichen Wertpapiere einen negativen Einfluss.

Im Kreditgeschäft wird im Rahmen eines risikoorientierten Planansatzes ein Bewertungsergebnis von rund -2 Mio. EUR bzw. -0,16 % der Durchschnittsbilanzsumme erwartet. Die erwarteten Verluste werden hierbei mittels Einsatzes des Programms Credit Portfolio View berücksichtigt. Den Risiken steht insgesamt ein ausreichendes Risikodeckungspotenzial gegenüber. Mittels eines aktiven Kreditrisikomanagements wird angestrebt, erkannte Risiken zu mindern und neue Risiken zu vermeiden.

Der Jahresüberschuss nach Steuern wird unter Zugrundelegung der vorgenannten Erläuterungen voraussichtlich deutlich geringer ausgewiesen werden.

Aufgrund der regulatorischen Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (Vereinheitlichung der Einlagensicherung, Basel III-Regelungen, Meldewesen) können sich weitere Belastungen auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse ergeben.

Die Sparkasse richtet sich an den Zielgrößen Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio (CIR) aus. Für 2018 erwarten wir eine Eigenkapitalrentabilität in Höhe von 3,5 % und eine CIR von rund 71,5 %.

Die Planung für das Geschäftsjahr 2018 lässt erkennen, dass die Herausforderungen an die Banklandschaft und damit auch an die Sparkasse Märkisches Sauerland Hemer - Menden im Jahr 2018 nicht weniger werden, exemplarisch seien an dieser Stelle nur die steigenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen, die intensive Wettbewerbssituation und das unverändert niedrige Zinsniveau genannt. Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert. Das geplante Wachstum kann mit einer weiterhin soliden Eigenkapitalausstattung dargestellt werden.

Darüber hinaus werden die künftigen Eigenkapitalanforderungen nach Basel III nach heutigem Kenntnisstand erfüllt. Die intern festgelegte Mindest-Gesamtkapitalquote in Höhe von 11,0 %, die über dem aktuell vorgeschriebenen Mindestwert nach der CRR von 8,0 % zuzüglich des Kapitalerhaltungspuffers von 1,875 %-Punkten und des SREP-Zuschlags in Höhe von 0,5 %-Punkten liegt, wird mit einem Wert von zurzeit 14,89 % deutlich überschritten.